

Das Abonnement
auf dies mit Ausnahme der
Montage täglich erscheinende
Blatt beträgt vierteljährlich
für die Stadt Posen 1½ Thlr.,
für ganz Preußen 1 Thlr.
2½ Sgr.

Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des
In- und Auslandes an.

Inserate
1¼ Sgr. für die fünggespaltene
Seite oder deren Raum,
Reklamen verhältnismäßig
höher, sind an die Expedi-
tion zu richten und werden
für die an demselben Tage er-
scheinende Nummer nur bis
10 Uhr Vormittags an-
genommen.

Posener Zeitung.

Zweihundstiezigster Jahrgang.

Annoncen - Annahme - Bureaus der Posener Zeitung sind: in Posen bei Hrn. Buchhändler Joseph Polowicz, Markt 74 und Hrn. Krupski (C. H. Ulrich & Co.), Breitestraße 14; in Gnesen bei Hrn. Theodor Spindler, Markt- und Friedrichstraße-Ecke Nr. 4; in Nogat bei Herrn Buchhändler Jonas Alexander; in Schrimm bei Herrn Hermann Cassiel; in Grätz bei Herrn Louis Streisand und Herrn Dr. Kempner; in Bromberg S. S. Mittler'sche Buchhandlung; in Berlin, Breslau, Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg, Wien und Basel: Haafenstein & Vogler; in Berlin, München, St. Gallen: Adolf Rosse; in Berlin: A. Petermeyer, Schloßplatz; in Breslau, Kassel, Leipzig, Bern und Stuttgart: Sachse & Co.; in Breslau: Emil Gabath; Jenke, Bial & Freund; in Frankfurt a. M.: G. L. Danne & Co.; Jäger'sche Buchhandlung.

Amtliches.

Berlin, 13. April. Se. M. der König haben Allerhöchst geruht: Den Polizei-Direktoren Engelken zu Potsdam und v. Warnstedt zu Stettin den Charakter als Polizei-Präsident zu verleihen.

Der bisherige R. Eisenbahn-Baumeister Bräuer zu Breslau ist zum R. Eisenbahnbau-Inspektor ernannt und demselben eine Betriebsinspektor-Stelle bei der Westfälischen Eisenbahn mit dem Wohnsitz zu Paderborn verliehen, sowie dem bisherigen Inhaber der letzteren Stelle, Eisenbahnbau-Inspektor Nahrath dasselbst, die Stelle des Vorsteher des technischen Centralbüroaus der Westfälischen Eisenbahn zu Münster übertragen worden. Der Baumeister Victor ist zum R. Eisenbahn-Baumeister ernannt und als solcher bei der Bergisch-Märkischen Eisenbahn, mit dem Wohnsitz in Elberfeld, angestellt worden. Der Baumeister Brown zu Mothebus am Weichsel-Hafen ist zum R. Wasser-Baumeister dasselbst ernannt worden.

Der Privatdozent Dr. Nissen in Bonn ist zum außerordentlichen Professor in der philosophischen Fakultät zu Marburg ernannt worden. Die Beurteilung des ordentlichen Lehrers am Gymnasium in Heddingen, Dr. Pohl, zum Rektor des Progymnasiums in Linz a. Rh. ist genehmigt worden. An der Luisenstädtischen Gewerbeschule in Berlin ist die Beförderung des ordentlichen Lehrers Dr. Lampe zum Oberlehrer genehmigt worden.

Deutschland.

Berlin, 13. April. Der König hat mit dem hier anwesenden Präsidenten v. Diest eine längere Besprechung gehabt, die sich auch auf die für Ems in Aussicht stehenden Bauprojekte bezog. Es darf jetzt wohl als ziemlich bestimmt betrachtet werden, daß der König diesen Sommer wieder einen längeren Aufenthalt in Ems nehmen wird. Ein fester Besluß ist jedoch darüber noch nicht gefaßt worden, und von der Absicht des Königs, auch nach Karlsbad zu gehen, was immer wieder behauptet wird, ist noch gar nicht die Rede gewesen. — In der Presse ist behauptet worden, daß der Herzog von Ratibor nur im Auftrage der schlesischen Katholiken seine Reise nach Rom angetreten und nur gelegentlich vom König die Mission erhalten habe, die Glückwünsche zur Jubelfeier des Papstes zu überbringen. Diese Nachricht ist unrichtig. Denn der Herzog ist ausdrücklich vom König für diese Mission bestimmt worden und ist Ueberbringer eines eigenhändigen Glückwunschrückens des Königs. — Die diesjährige Beschaffung der Pferde für das preußische Heer wird durch vier Kommissionen erfolgen. Die erste wird sich nach der Provinz Preußen und vorzugsweise nach Ostpreußen begeben und 51 Märkte abhalten; die zweite in Posen, einem Theil von Schlesien, Brandenburg, Preußen und Pommern ihre Wirksamkeit entfalten und 74 Märkte ausschreiben; die dritte wird in anderen Theilen von Schlesien, Brandenburg und Pommern, sowie in Schleswig-Holstein ebenfalls auf 74 Märkten ihre Einkäufe machen, und die vierte ist für Hannover, Kassel, Nassau, Sachsen, die Rheinprovinz und den übrigen Theil von Brandenburg bestimmt und wird 80 Märkte besuchen. Die Märkte werden mit dem 18. Mai begonnen und mit dem 16. September beschlossen werden. — Zum Direktor des Provinzial-Konsistoriums zu Hannover und zum außerordentlichen Mitglied des Landeskonsistoriums dasselbst ist der Konsistorialrat Bödeker, und zum Dirigenten der Abtheilung des genannten Provinzialkonsistoriums für Volksschulen und gleichzeitig zum Stellvertreter des Direktors in Be hinderungsfällen der Ober-Regierungsrath Rautenberg ernannt worden.

Berlin, 13. April. Von der Lavaletteschen Rede verspricht sich die „Patrie“, daß sie auf beiden Seiten des Rheines eine heilsame Wirkung hervorbringen werde. Wir theilen diese Hoffnung, glauben aber, daß die Wirkung sicherer erreicht sein würde, wenn die Erklärung des französischen Ministers sich von einer Ueberschwänglichkeit des Ausdrucks frei gehalten hätte, die unwillkürlich, man möchte sagen, ins Komische fällt und dadurch nothwendigerweise den beabsichtigten Effekt abschwächt. Man lese z. B. den Klimax von Betheuerungen, in welchen Herr von Lavalette die Stellung der französischen Regierung zur Friedensfrage zu charakterisiren sich bemüht und man wird zugeben, daß hier ein rhetorischer Phrasenschwulst vorliegt, der zu dem problematischen von ihm umhüllten Kern in dem allerentschiedensten Mißverhältniß steht. Zunächst ist Herrn von Lavalette zufolge der Friede weder „bedroht noch ungewiß“, ferner ist er der „Gegenstand aller Wünsche“, alsdann wird aufgezählt, was Frankreich Alles für den Frieden zu leisten entschlossen sei, es wird ihn „mit allen berechtigten Mitteln aufrechterhalten“, es wird „im Westen und Osten alle Anstrengungen darauf richten, ihn zu behaupten“, es wird ihn „verteidigen“ und last not least es wird ihn „nöthigenfalls auferlegen“. Welche tiefdurchdachten beruhigenden Worte! Die französische Regierung wird den Frieden, der nach ihrer eigenen Auffassung weder bedroht noch ungewiß ist, aufrecht erhalten, behaupten und verteidigen und sie wird ihn — den Gegenstand aller Wünsche — nöthigenfalls „auferlegen“. Eine so sinnvolle rhetorische Leistung mag in der französischen Deputirtenkammer eine momentan blendende Wirkung erzielen, nüchternen Lesern, und das ist wohl die Mehrzahl außerhalb, wird sie wenig zu imponieren vermögen und jede wahrhafte Betätigung einer mit dem in Deutschland vollzogenen Umschwung ausgeschöpften Stimmung würde überzeugungskräftiger wirken, als dieser Pomp der Rede, dem es an Logik gebricht und dem die Aufrichtigkeit wenigstens nicht an der Stirn geschrieben steht. Hier wird man

natürlich, um jeden Anstoß zu vermeiden, sich jeder Kritik enthalten und die übliche Spende befriedigter Gefühle an den Tag legen, indessen konnte doch die „R. Alz. Stg.“ schon sich der einigermaßen ironisch klingenden Wendung nicht enthalten zu bemerken, daß Frankreich sein Bedürfnis den Frieden zu behaupten gewiß zunächst in der belgischen Frage betätigten werde. Es ist sehr eigenthümlich, daß man wiederholt in diplomatischen Kreisen versichern hört, daß die sonstigen Berichte, welche der preußischen Regierung aus Paris zugehen, keineswegs dem anscheinend friedlichen Charakter der Situation angepaßt sind, sondern wiederholt mahnen, sich nicht durch Friedensversicherungen einschläfern zu lassen. Es sollen auch weitere präzisirte Angaben über das, was zwischen Victor Emanuel u. Napoleon allerdings zu Anfang dieses Jahres für den Fall einer kriegerischen Eventualität verhandelt worden sei, eingegangen sein. Ich enthalte mich der näheren Mittheilung, da positive Gewissheit nicht zu erlangen ist und jede derartige Notiz dem Verdacht tendenziöser Allarmfabrikation zu verfallen pflegt. — Der gestrige „Kreuzztg.“ zufolge würde die Vorlage in Betreff der Branntweinsteuer schon diese Woche im Reichstag eingebracht werden. Die Angabe klang etwas voreilig, da die Vorlage den Bundesrat noch gar nicht passirt hat, indessen hat Präsident Delbrück heute im Reichstag dieselbe Erklärung abgegeben. Daß Zweifel am Zustandekommen der Vorlage, deren ich in meinem letzten Brief erwähnte, sehr stark verbreitet waren, ist übrigens auch von verschiedenen anderen Seiten bestätigt worden. Sehr interessant ist die heutige Ankündigung der „Kreuzztg.“, daß die konservative Partei bei der Verhandlung der Branntweinsteuervorlage „patriotischen Sinn“ beinhaltet werde. Es scheint demnach, daß man den Liberalen das odium der Ablehnung allein zulernen lassen möchte.

o Berlin, 13. April. Mit der Ermittelung und Erledigung des Anspruchs der betheiligten Mächte an das bewegliche Eigenthum der ehemaligen deutschen Bundesfestungen, welche den Gegenstand der seit dem 4. d. M. in München eröffneten vierten süddeutschen Militärkonferenz bilden, wird sich die Grundlage für die künftige Gestaltung des süddeutschen Wehrwesens, mindestens in Betreff der so schwierigen süddeutschen Festungsfrage endlich freigelegt finden. Auch steht eine Einigung zwischen Norddeutschland und den drei süddeutschen Staaten über das erwähnte Eigenthum sicher zu gewärtigen, und sollen nach den offiziellen und offiziösen süddeutschen Versicherungen die Grundzüge für die künftige Verwaltung, wie für die Besatzungsverhältnisse und die Unterhaltungskosten der ehemaligen Bundesfestungen zwischen den drei süddeutschen Staaten bereits auch auf der letzten süddeutschen Militär-Konferenz im September v. J. festgestellt worden sein. Für Ulm ist dies durch das Separat-Abkommen zwischen Bayern und Württemberg notorisch ja auch bereits geschehen, und da Landau von Bayern als Festung aufgegeben worden ist, würde es sich für eine solche Einigung in Betreff der ehemaligen Bundesfestungen tatsächlich also nur noch um Rastatt handeln. Es würden bei einer Reparation der Kosten für die Unterhaltung und Erweiterung dieser Festung auf die drei süddeutschen Staaten die Vortheile einer solchen Einigung jedoch ausschließlich Baden zu Theil werden, während die damit von Bayern und Württemberg übernommenen Lasten und Pflichten als sehr bedeutend erachtet werden müssen. Anders ständen hingegen die Sachen, wenn für diesen Vortheil Baden sich seinerseits verpflichten wollte, an den Unterhaltungskosten für Germersheim zu partizipiren, welche gegenwärtig allein Bayern zur Last fallen, und wenn, um auch Württemberg zufrieden zu stellen, etwa noch die seit 20 Jahren von diesem Staate immer und immer wieder bei dem ehemaligen Bundestag in Antrag gestellte Erbauung einer Festung zur Deckung der Pässe des oberen Schwarzwaldes beschlossen und in Ausführung genommen würde. Zugleich fände sich mit dieser Erweiterung der jetzigen Sachlage aber für Süddeutschland die Begründung eines sehr starken Vertheidigungssystems in Aussicht genommen, und bei den augenscheinlichen Vortheilen eines derartigen Abkommens dürfen die Gerüchte, welche schon im vorigen Herbst über die Inabsichtnahme einer so gestellten Einigung verlauteten, schwerlich als ohne jede thatsächliche Begründung erachtet werden. — Für die vom 22. bis zum 27. d. M. hier statthabende internationale Konferenz der auf der Grundlage der Genfer Konvention zusammengetretenen Vereine zur Pflege im Felde verwundeter und erkrankter Krieger sind nunmehr eine ungefähre Theilnehmerliste, wie das Programm der zur Erörterung gestellten Fragen veröffentlicht worden, und verspricht nach beiden Nachweisen diese Versammlung die gleichartige Pariser Konferenz von 1867 an Bedeutung und Interesse noch zu überbieten. Den bei weitem hervorragendsten Theil der Verhandlungen dürften die Berathungen über die Freiwilligen-Hilfsleistung im Seekriege bilden, denen die von dem preußischen Zentral-Komitee ausgegangenen Vorschläge als Grundlage zu dienen bestimmt sind. Die freiwillige Hilfsleistung soll für den Seekrieg vermittelst eigens zu diesem Zweck gemieteter oder erworbenen Dampfer gewährt werden, für welche eine gelbe Flagge mit dem rothen Kreuz die Unverletzlichkeit von beiden kriegsführenden Theilen und die durch die Genfer Konvention den gleichen Bestrebungen für den Landkrieg bewilligte unbedingte Neutralität beansprucht. Nächstdem sind noch die Grenzen und Formen der Vereinsthätigkeit im Landkriege einer

neuen und theilweise von der früheren wesentlich abweichenden Fassung unterworfen worden. Ebenso wird die Vereinsthätigkeit im Frieden einer der wichtigsten Berathungsgegenstände bilden. Schließlich wird von dem Genfer internationalen Komité noch die Errichtung eines internationalen Museums für das Sanitäts-Material, die Gründung eines internationalen Journals, die Errichtung einer internationalen Agentur zu Kriegszeiten und die Verfassung eines internationalen Komités in Vorschlag gebracht. Es werden sich, die Türkei einbegreifen, sämtliche europäische Staaten und die nordamerikanische Union auf der Konferenz vertreten befinden. Gewiß muß diese Vereinschöpfung, welche aus den kleinsten und unscheinbarsten Anfängen heraus den schönen und wahrhaft humanen Grundfaß: „Der verwundete oder erkrankte Feind ist kein Feind mehr“, zu einem Gemeingut aller zivilisierten Nationen erhoben hat, als eine hochbedeutende Erscheinung erachtet werden, und würde mit der Ausbreitung der für den Landkrieg bereits von beinahe allen Staaten angenommenen Neutralitätsstellung der Verwundeten- und Krankenpflege auch auf den Seekrieg das von ihnen begründete große und menschenfreundliche Werk gleichsam seine Krönung erfahren.

— In der heutigen dreizehnten Sitzung des Bundesrathes führte der Bundeskanzler den Vorstg. Die Mittheilung des Präsidenten des Reichstags hinsichtlich des über eine Petition wegen Abschaffung der akademischen Gerichtsbarkeit gefaßten Beschlusses, sowie die Vorlagen des Präsidiums, betreffend a) die Übersicht der Frachtartikel, welche auf den verschiedenen Eisenbahnen zu dem Sage von 1 Pfennig pro Zentner und Meile gefahren werden, b) die im Interesse der Austernzucht bisher getroffenen Maßregeln, und c) die von der Branntweinsteuer-Kommission vorgelegte Instruktion zur Erhebung der Fabrikatsteuer, endlich ein Antrag Hamburgs betreffend die Errichtung eines obersten Bundes-Gerichtshofes für alle Strafsachen und privatrechtlichen Streitigkeiten, und ein Antrag Bremens bezüglich der Wechselstempelsteuer, wurden den betreffenden Ausschüssen überwiesen. Es folgten Ausschußberichte über die Präsidialvorlagen betreffend 1) die Branntweinsteuer, 2) den Gesetzentwurf wegen Anfertigung von Telegraphen-Freimarken, sowie über die Petition des deutschen Sortiments-Buchhändlervereins wegen Abstellung des Abonnements auf nicht politische Zeitschriften bei den Postanstalten.

— Aus New York schreibt man der „Köl. Z.“: Es ist alle Aussicht vorhanden, daß der nordamerikanische Gesandte Hr. Bancroft auf dem Posten in Berlin verbleiben wird. Grant hat sich dahin geäußert, daß er froh sei, einen solchen Mann dort zu haben. Da ferner von hervorragender Seite her aus Deutschland die Stimmung der preußischen Regierung wie des Publums als jedem Wechsel entschieden abgeneigt geschildert wird, und Hr. v. Gerolt (der Bundesgeudante in Amerika) gleichfalls der Ansicht zu sein scheint, so ist es wohl kaum zweifelhaft, daß diesen Wünschen nachgekommen werden wird. Dagegen ist die Abberufung des General-Konsuls Hr. Murphy aus Frankfurt sicher. Um ihnen einen Begriff davon zu geben, wie arg es hier (Nordamerika) mit der Aemterjägerei ist, so sei erwähnt, daß für den Posten in Frankfurt nicht weniger als fünfzig, und für Aachen achtundzwanzig Bewerber sind.

— Aus Frankfurt a. M., 7. April, wird der „Köl. Volksztg.“ geschrieben:

„Der Plan, ein deutsches Regiment in Rom aus Freiwilligen zu errichten, kann, wie Sie bereits erwähnten, nur verwirklicht werden, wenn der katholische Adel Deutschlands und wenn insbesondere alle katholischen Vereine das Unternehmen zu fördern sich recht angelegen sein lassen. Auch muß die Sache praktisch angegriffen werden. Einem uns vorliegenden Briefe des General-Kanzlers folgend, wollen wir einige Worte geben. Die Werbungen für die päpstliche Armee sind in diesem Augenblick gänzlich eingestellt, das Rekrutierungsdepot in St. Louis bei Basel ist aufgehoben. Dagegen wird ein Depot an der schweizer Grenze (Pontalier) eröffnet. Auch besteht immer noch für päpstliche Freiwillige das Expeditionsdepot in Mars-la-Tour unter Hauptmann Epp. Nun ist es der Wunsch des Generals-Kanzlers, daß durch die katholischen Vereine Deutschlands zuverlässige junge Männer an diese Depots, am besten an das von Mars-la-Tour, geschickt werden. Dort haben sie eine Kapitulation von drei Jahren zu unterzeichnen und werden dann nach Rom befördert. Das Wichtigste dabei ist nicht, schreibt General-Kanzler, daß man viele Junglinge schicke, sondern brave, charaktervolle, guigefünte Junglinge; ferner, daß man nicht versäume, die Erlaubnis der betreffenden Regierung einzubolen. Geschieht letzteres nicht, was leider bis jetzt nur häufig vorkam, so sehen wir uns in Rom den Reklamationen dieser Regierung durch ihre diplomatischen Vertreter ausgesetzt, welche mit Beschädigung der päpstlichen Finanzen den Verlust dieser Leute oft nach ganz kurzer Dienstzeit zur Folge haben.“

— Nach den bestehenden Gesetzen soll die Gewerbesteuer der Bäcker und Fleischer in den beiden ersten Gewerbeüberschreitungen nach der „Bevölkerung“ erhoben werden. Die Ausmittlung der Bevölkerung ist bisher jedoch verfehlt erfolgt, weshalb zur Herbeiführung eines gleichmäßigen Verfahrens wie die „Köl. Stg.“ schreibt, unlängst bestimmt wurde, daß bei der Ermittlung der betreffenden diejenige Zahl zu Grunde zu legen ist, welche bei den alle drei Jahre erfolgenden statistischen Aufnahmen sich als die „ortsangehörige“ Bevölkerung der betreffenden Stadt, d. h. als die faktische Bevölkerung nach Abzug der vorübergehend Anwesenden, jedoch unter Hinzurechnung der vorübergehend Abwesenden herausstellt. Da es aber nicht in der Absicht des Gesetzes gelegen hat, das Steuersoll für drei Jahre voraus festzustellen und demnächst sprunghaft zu erhöhen, so ist der bei der Bevölkerungs-Aufnahme ermittelten ortsangehörigen Bevölkerung für die inzwischen verflossenen Jahre das Ergebnis der erfolgten Ab- und Zugänge nach den Angaben der mit der Einführung der betreffenden beauftragten Behörden zu ziehen. In den Ballen, in welchen glaubhaften Nachweisen über die bei der Bevölkerung eintretenden Ab- und Zugänge nicht geführt werden, sind in deren Stelle von der betreffenden Regierung nach den bisherigen Erfahrungen gewisse Prozentsätze, welche der Bevölkerungszahl

hinzutreten sollen, zu bestimmen. Hier nach ist das in Rede stehende Steuer soll zu normiren.

Halle a. S., 13. April. In der heute stattgehabten Wahl zum Abgeordnetenhaus wurde der Professor Steinhart in Halle (liberal) mit großer Majorität gewählt.

Hannover, 13. April. Gestern Abend hat sich hier ein national-liberales Wahlkomitee aus Aula ab der an Stelle des zurückgetretenen Frhrn. v. Münchhausen für den Reichstag vorzunehmenden Erstwahl konstituiert. Das Komitee hat die Einberufung einer größeren Parteiversammlung beschlossen.

Frankreich.

Paris, 11. April. In der Sitzung des gesetzgebenden Körpers vom 9. hatte Herr Jules Favre eine nachdrückliche Rede gehalten, in der er im Interesse des Friedens darauf hincwies, daß "Seitens Berlins Alles friedlich und kein Grund abzusehen ist, an der Aufrichtigkeit derselben zu zweifeln. Man war in Paris allgemein auf die Antwort des Ministers des Auswärtigen, Marquis de Lavalette, gespannt; dieselbe erfolgte in der Sitzung vom 10. und lautete nach dem offiziellen Bericht folgendermaßen:

Herr Jules Favre ist beunruhigt durch das Schweigen, welches die diplomatischen Aktenstücke über die deutschen Angelegenheiten bewahren. Dieses Schweigen erklärt sich nicht durch das Übermaß von furchtbafter Vorricht, wie Herr Jules Favre glaubt, sondern aus dem einfachen Grunde, daß wir mit den deutschen Staaten keine speziellen Unterhandlungen geführt haben,

und aus der Zurückhaltung, welche Herr Jules Favre uns zum Vorwurfe machen will, wenn er die Furcht ausspricht, daß Frankreich nicht in genügender Weise alle wirksamen Mittel angewandt habe, um zu einem Einverständnis zu gelangen.

Untere Haltung beweist gerade untern aufrichtigen Wunsch, die guten Beziehungen zu erhalten, die zwischen beiden Ländern bestehen, indem wir uns jeder Einmischung irgend welcher Art in die rein-deutschen Angelegenheiten enthalten (Zustimmung). Politische Umwandlungen von solcher Bedeutung, wie die seit beinahe drei Jahren in Deutschland vor kommenden, vollziehen sich nicht, ohne tiefe Spuren zu hinterlassen, ohne daß ein Rückschlag sich lange Zeit fühlbar mache. Zwischen dem Zusammenbrechen einer durch eine alte Tradition geheiligten Ordnung der Dinge, und dem Tage, wo das sie erzeugende System definitiv in die Gewohnheiten des politischen Lebens eintritt, giebt es immer eine mehr oder minder lange, mehr oder minder mühsame Zwischenperiode, erfüllt von widersprechenden Bestrebungen, von streitenden Interessen, von empfindlichen und manchmal schmerzlichen Situationen und offenbaren Klagen. Deutschland befindet sich in einer solchen Übergangsperiode, und dies ist für uns ein Motiv, um jeden Schritt zu vermeiden, welcher ausgelegt werden könnte als eine Einmischung in Fragen, welche uns direkt nichts angehen. Wir haben uns eine Pflicht daraus gemacht, keine Empfindlichkeiten aufzurütteln, und nur begründete Ursachen könnten uns veranlassen, diese zurückhaltende Stellung zu verlassen. (Sehr gut! Sehr gut!)

Nun ist nichts der Art vorhanden, welche uns solche Eventualitäten voraussehen lassen könnte. Der Norddeutsche Bund führt fort, sich zu organisieren; die Südstaaten haben sich dieser Bewegung angeschlossen in den Grenzen ihrer nationalen Bestrebungen und ihrer Interessen; sie werden davon getrennt, durch das Gefühl ihrer Autonomie und durch ihre Privatbedürfnisse. Wir haben unter keinem Vorwande in diese doppelte Bewegung einzugreifen, die sich ungezügelt und aus freien Stücken jenseits des Rheins vollzieht. (Sehr gut!)

Wir haben sie nicht gemacht und hatten sie nicht zu machen. Nur in dem Falle, daß diese Bewegung ihre legitimen Grenzen überschritte und unsere Rechte verletzte, würde unsere Lage in dieser Beziehung sich geändert finden. (Sehr gut!)

Aber erfüllt von Achtung und Schonung für die Rechte Anderer, haben wir keine Ursache, zu fürchten, daß die unsern nicht eben so geachtet seien. Lavalette schließt: "Ich glaube dagegen zu haben, daß unsere Beziehungen gut sind und daß ich das Recht habe, zu sagen, daß der Friede, der Gegenstand aller unserer Wünsche, nicht gefährdet noch unsicherer erscheint. (Sehr gut!)

Wir werden mit allen legitimen Mitteln den Frieden aufrecht erhalten. Wir haben unter anderen Umständen im Orient die selben Anstrengungen gemacht, und werden sie ferner machen, welche wir gemacht haben, um im Orient den Frieden zu erhalten. Herr Thiers sprach

dieser Tage von der Ministerverantwortlichkeit. Ich weiß nicht, unter welchen Bedingungen wir jene eingebracht werden können, aber ich weiß, daß es eine Verantwortlichkeit gibt, der Niemand entgehen würde, weder vor Gott, noch vor den Menschen. Es wäre die, durch unbesonnene Schritte, durch Empfindlichkeiten und persönlichen Ehrgeiz den Frieden zu gefährden. Wer, Reizungen und Empfindlichkeiten nach-

gebend, ohne unbedingte Notwendigkeit und ohne daß die Ehre und die Interessen des Landes es forderten, zwei bedeutende Nationen gegen einander werben würde, derjenige würde sich einem strengen Urtheile der Geschichte ausziehen und schon jetzt seinen Mitbürgern eine schwere Rechnung abzulegen haben. Man sagt, die Regierung des Kaisers habe keine Politik. Sie hat eine Politik: die des Friedens. (Sehr gut!)

Sie wird ihr folgen mit allen legitimen Mitteln, sie wird sie vertheidigen, und wenn sie kann, sie den anderen aufzufliegen. Die Regierung will den Frieden, und für den Frieden

findt unsere Bemühungen vereinigt in der Gegenwart und in der Zukunft. Mit der Unterstützung des Landes, mit der Mitwirkung der öffentlichen Gewalten werden wir den Frieden bewahren, und besonders mit der Hilfe Gottes, die uns dazu nicht fehlen wird." Beim lebhaften Zustimmung und langer Applaus. Gegen den Vorwurf Favre's, daß Frankreich nichts für Griechenland gethan habe, entgegnet der Minister: Die Konferenz habe den Krieg verhindert, welcher als Resultat die Vernichtung Griechenlands gehabt haben würde, und den zu verhindern alle Mächte einstimmig gewesen seien. Was die Angelegenheit der Sporaden anbelangt, so habe die nach Paris gekommene Deputation weder Anspruch noch Rechte gehabt; sie habe nicht einmal verlangt, empfangen zu werden. Der Regierung macht man mit Unrecht den Vorwurf, keine Politik zu haben. Es gebe keine würdigere und nationalere Politik, als die, welche den Frieden in der Würde proklamire, indem sie zugleich den Frieden entschlossen aufrechterhalte.

— Die „France“ schreibt:

Man meldet von der baskischen Grenze von Spanien die Anwesenheit einer gewissen Anzahl von Karlisten, die einen Befehl zu erwarten scheinen, die Pyrenäen zu überschreiten. Uebrigens sind die Projekte des Präsidenten Don Carlos kein Geheimnis mehr, die Anwerbungen für seine Sache gefallen am hellen Tage. Die provisorische Regierung von Madrid, welche auf eine Erhebung karistischer Banden gesetzt ist, sendet reguläre Truppen nach den meist bedrohten Punkten."

Italien.

Rom, 10. April. Der Papst hat Befehl ertheilt, im Vatikan sämtliche Geschenke, die von den größeren Gemeinden des päpstlichen Staates eingefügt worden sind, sowie die Adressen und die Werthobjekte, die aus Rom, aus der Provinz und vom Auslande zur Sekundärfestellung eingefügt sind, auszustellen. Auch hat derselbe an die Armen Roms, die der israelitischen Gemeinde mit einbezogen, Unterstützungen vertheilen lassen. Die Notabeln der jüdischen Gemeinde haben dem Papste Kleidungsstoffe angeboten, um den Armen daraus Kleider zu fertigen.

Großbritannien und Irland.

London. Das hiesige deutsche Wochenblatt „Hermann“ ist in andere Hände übergegangen. Die abtretende Redaktion nimmt vom Publikum mit dem Ausdruck des Bedauerns Abschied, daß ihre Mittel nicht hinreichen, das Blatt weiter fortzuführen; die neue führt sich mit einem Programm ein, welches die Politik Preußens, als des Kerns des Norddeutschen Bundes, in ihrer ganzen Tragweite vertritt.

— Kennzeichnend für die Zustände in der englischen Staatskirche ist ein von den Bewohnern von Anstey in Devonshire an das Oberhaus gerichtetes Gesuch, in welchem um ein Gesetz gebeten wird, das einem Pfründenhaber verbiete, sich ein halbes Jahrhundert von seiner Pfründe fern zu halten. Veranlas-

sung zu dieser auf den ersten Blick eigenhümlich erscheinenden Bitte bildet der Tod des bisherigen Pfründners von Anstey, welcher im Jahre 1816 die dortige Oberpfarrer erhielt und während dieser 52 Jahre nur 18 Monate unter seiner Heerde zubrachte, während er nicht vergaß, sein Einkommen gewissenhaft zu bezahlen. Dasselbe bestand — abgesehen von 100 Morgen Kirchenländereien — aus £. 168 jährlich.

Rußland und Polen.

Wilna, 9. April. Einem in Russland bestehenden Gesetze zufolge müssen Kinder gemischt, d. h. solcher Chen, von denen ein Theil der griechischen Kirche angehört, in dieser Kirche getauft werden und späterhin auch derselben angehören. Jetzt fängt man jedoch an, dieses Gesetz nicht nur auf Chen, deren ein Theil griechisch ist, sondern überhaupt auf alle gemischten Chen auszudehnen, und sind bereits mehrfach Personen, die aus gemischten Chen entsprossen und je nach einem Theile ihrer Eltern katholisch oder evangelisch geworden sind, zum Uebertritt zur griechischen Kirche veranlaßt worden. — Die einberufenen Urtauber sind zum großen Theil schon bei ihren Truppenheilen eingetroffen; wie man hört, werden auch Abtheilungen der hiesigen Truppen zu den Lagerübungen bei Warsaw detachirt werden und nach dem Osterfest, welches den 1. Mai (19. April) anfängt, dorthin abgehen.

Norddeutscher Reichstag.

18. Sitzung.

Berlin, 13. April. Eröffnung um 11 Uhr. Anwesend Präsident Delbrück mit zahlreichen Kommissarien. — Die allgemeine Diskussion über den Bundeshaushalt für 1870 und in Verbindung damit über die Statistik der Postverwaltung im Jahre 1868, so wie die Abänderung des Gesetzes vom 9. November 1867 betreffend den außerordentlichen Geldbedarf für die Kriegsmarine und Küstenverteidigung wird eröffnet, nachdem der Präsident die Mitglieder erucht hat, Anträge an die Bundesregierungen durch ihn vermittel zu wollen.

Präsident Delbrück: Wenn ich den vorliegenden Etat vergleiche mit dem für 1869, so ziehe ich in diese Vergleichung auch zugleich den Nachtrag-Etat für 1869 hinein, in welchem sich bereits zwei neue Institute vorfinden, die in dem Etat für 1869 nicht vorlagen, nämlich der Rechnungshof des Norddeutschen Bundes und die Normal-Akkord-Kommission des Norddeutschen Bundes. Der materielle Unterschied gegen den vorjährigen Etat liegt darin, daß in dem für 1870 das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten mit sämtlichen Bundesgesandtschaften auf dem Etat des Norddeutschen Bundes erscheint. Eine zweite Änderung, nur formeller Natur, hat der Etat der Bundes-Militärverwaltung dadurch erhalten, daß in ihm die Vertheilung der Gesamtausgabe erstmals gemacht ist, welche auf die verschiedenen Kontingente statfindet. Ich bezeichne diese Abweichung ausdrücklich nur als eine formelle; sie hat nicht etwa die Bedeutung und kann nicht die Bedeutung haben, die Einheit des Bundesheeres in Frage zu stellen, sie soll nur den verbündeten Regierungen, wie dem Reichstage ein klareres Bild davon gewähren, wie sich die Gesamtausgabe für das Bundesheer auf ihn vertheilt.

Abg. Tweten vergleicht die Hauptzahlen der diesjährigen Budgets mit denen der Vorjahr und kommt zu dem Resultat, daß die Gesamt-Ginnahme und Ausgabe im Allgemeinen sich wenig verändert hat, daß dagegen in einzelnen Verwaltungszweigen sich ziemlich bedeutende Änderungen herausgestellt haben. So sind die Einnahmen aus der Postverwaltung den Zöllen und Verbrauchssteuern in Folge der Erhöhung des Portos und des Tarifs etc. im Ganzen um 3 Millionen niedriger veranschlagt, als im Etat für 1868. Dazu kommt auch noch eine Vermehrung der Ausgaben. Durch die Übernahme des preußischen auswärtigen Ministeriums auf den Bund erwächst allein schon eine Mehrausgabe von etwa 860,000 Thlr. Im Ganzen beläuft sich die Erhöhung auf etwa drei Millionen, so daß im Ganzen durch Verminderung der Einnahmen und Erhöhung der Ausgaben gegen den Etat von 1868 ein Ausfall von 6 Millionen entsteht, der durch Matrikularbeiträge aufgebracht werden muß. So kommt es denn, daß diese, die 1868 sich auf 19,873,000 Thlr. beliefen, in diesem Etat auf 25,751,000 Thlr. veranschlagt sind. Es ist deshalb schon in der vorigen Session auf die Notwendigkeit der Erhöhung der eigenen Einnahmen des Bundes hingewiesen, und uns auch eine derartige Vorlage in Aussicht gestellt worden. Es ist belanglos, daß uns diese noch nicht zugegangen ist und daß wir uns in der Beratung des Budgets befinden, ohne zu wissen, welche Projekte die Verbündeten Regierungen für die Umgestaltung des Budgets haben. Es ist für diesen Fall das englische Beispiel durchaus empfehlenswert, wo es bei der Beratung des Budgets eine Hauptaufgabe des Finanzministers ist, seine Pläne über die Beschaffung der erforderlichen Mittel vorzubringen und diese Vorläufe zugleich mit dem Budget diskutiren zu lassen. Man hört nur zwar sprechen von der Tabaksteuer, von der Petroleumsteuer, die eine Verschönerung durch die Gassteuer erfahren soll (Heiterkeit), man spricht von einer Steuer auf Zucker aus Kartoffelstärke, wie sie können, aber keines dieser Projekte ins Auge fassen, da es um an jeder offiziellen Auslassung darüber geht. Die Vorlage kennt nur Matrikularbeiträge, welche die einzelnen Staaten, je nach dem größeren oder geringeren Reichthum ihrer Bevölkerung sehr ungleichmäßig belasten. Außer dieser Ungerechtigkeit, die Staaten nach der Kopfzahl, nicht nach der Leistungsfähigkeit zu belasten, drohen sie, die Finanzverwaltung der Einzelstaaten materiell und formell in Unordnung zu bringen. Hier im Reichstage werden die Ausgaben beschlossen, welche die Einzelstaaten aufbringen müssen, ohne daß er ihre Finanzlage beurtheilen kann, und ohne Rücksicht darauf, was für Verlegenheiten den Verwaltungen hierdurch bereitet werden. Es ist deshalb dringend nothwendig, daß die Matrikularbeiträge durch andere Einnahmen gedeckt werden. Nun glaube ich nicht, daß es möglich ist, durch neue Steuern diese Lage wesentlich zu ändern. Denn sie werden sich nicht so hoch normiren lassen, daß dadurch die 25 Mill. Matrikularbeiträge in Wegfall kommen, und daß nun in Folge dessen auch die Einzelstaaten erleichtert werden. Wie die Sachen jetzt liegen, werden die Mitglieder des Reichstags, welche einzelnen Landesvertretungen angehören, sich schwerlich darauf einzulassen, neue Bundessteuern zu beschließen, aus Furcht, daß während wir die Bundessteuern erhöhen, die Einzel-Regierungen die Bevölkerung durch Steuerherabsetzung nicht entlasten, sondern daß im Gegentheil den etwaigen Überschuss an Einnahmen durch Mehrausgaben absorbiert werden. Dies ist momentan in den Ländern zu befürchten, wo, wie in Preußen, ein Steuerbewilligungsrecht nicht vorhanden ist. Schon im preußischen Landtag haben wir in Folge dessen ein Korrelativ vorgelegt, um einer etwaigen Mehrbelastung das Gleiche gewicht zu halten. Die preußische Regierung hat es nicht für gut befunden, darauf einzugehen. Es ist deshalb nicht geraten, auf neue Steuern hier einzugehen. Es gibt aber noch einen anderen Ausweg, dem Bund neue Einnahmen zu schaffen, ohne eine Mehrbelastung der Einzelstaaten herbeizuführen; nämlich durch die Übergabe einzelner Steuern, die schon bestehen, von den Einzelstaaten an den Bund. Ich weise besonders hin auf die Einkommen- und Klassensteuer, die in Preußen und einem großen Theil der übrigen Bundesstaaten bestehen. Es empfiehlt sich die Überweisung dieser Steuer an den Bund um so mehr, als wir aus zahlreichen Petitionen wissen, daß Schwierigkeiten und Belästigungen dadurch entstehen, daß verschiedene Bundesangehörige in mehreren Staaten zu derselben herangezogen werden, und sich also schon deshalb eine Gemeinsamkeit empfiehlt. Würde diese Steuer auf den Bund übernommen, so würde die ungleichmäßige Belastung durch die Matrikularbeiträge beseitigt und die Steuerlast nicht mehr nach der Kopfzahl, sondern nach der Leistungsfähigkeit der Bevölkerung verteilt werden. Im vorigen Jahre hiess es, daß von Bundesstaaten ausdrücklich das Einnahmebewilligungsrecht; der Vertrag, Matrikularbeiträge auszuschreiben, ohne ein Gesetz, ist deshalb entschieden verfassungswidrig. — Gegen die Erhöhung der 1867 bewilligten Anleihe von 10 um 7 Millionen habe ich sehr erhebliche Bedenken; das formelle, ob es sich empfiehlt, bei unserer Finanzlage eine Anleihe von 7 Millionen zu beschließen, aus welcher für 1870 nur der geringe Betrag von 1,500,000 Thlr. zur Verwendung kommen soll.

Bei der Höhe unseres Budgets (die Budgets der Einzelstaaten und des Bundes zusammen werden sich auf ungefähr 300 Millionen Thaler belaufen) ist es wohl nicht geraten, einen solchen geringen Betrag durch eine Anleihe aufzubringen; vielmehr könnte diese Summe wohl auch auf dem geüblichen Wege beschafft werden. Ein schwereres Bedenken finde ich aber in der gegenwärtigen Lage der Bundeschuldverwaltung. Im vorigen Jahre entstanden bei Bewilligung der Anleihe von 10 Millionen hierüber Differenzen, und sie wurden ausnahmsweise unter die Verwaltung der preußischen Staatschuldverwaltung gestellt. Dies kann aber allein Präjudiz für künftige Bewilligungen abgeben. Diese Sache muß unter allen Umständen geregt werden, und ich klagte, daß von den Bundesregierungen mit keiner Silbe diese Frage erwähnt ist. Ich vermisse auch eine andere Vorlage, bei der Errichtung des Bundesrechnungshofes, da der gegenwärtige Rechnungshof des Bundes nur noch für das laufende Jahr in Thatigkeit ist. Es ist dringend wünschenswert, daß uns jetzt bald eine solche Vorlage gemacht wird. Ferner ist uns in der letzten Session die Zugabe ertheilt worden, daß eine Instruktion für den Rechnungshof abgefaßt und dem Reichstage vorgelegt werden würde; ich möchte nun fragen, ob wir diese Vorlage in dieser Session noch zu erwarten haben. Und schließlich möchte ich noch fragen, ob es nicht möglich ist, noch in dieser Session, und möglichst noch während der Budgetberatung uns, wie es bei der Post- und Telegraphenverwaltung bereits geschehen ist, auch in den übrigen Zweigen der Verwaltung die Hauptrésultate der Finanzverwaltung von 1868 und ihre Abweichungen von dem Voranschlag mitzuteilen.

Abg. v. Höverbeck: Der Vorredner hat die Matrikularbeiträge mit großer Ungnade behandelt. Es gibt zwei Mittel gegen ihre endlose Erhöhung: Vermehrung der eigenen Einnahmen des Bundes oder Beschränkung seiner Ausgaben. Ich halte die Matrikularbeiträge für ein viel besseres Mittel zur Wahrung unseres Budgetrechts als die Einführung von Steuern, die ein für allemal weiter vorherbesehen werden. Wir haben in Preußen in dieser Beziehung traurige Erfahrungen gemacht. Die Vermehrung der eigenen Einnahmen des Bundes ist aber für viele gleichbedeutend mit der Mehrbelastung des Volkes, darum sind vielmehr die Ausgaben zu beschränken. Der Abg. Tweten deutete als einen Weg zur Erhöhung der Bundesausgaben die Übertragung der Einkommen- und Klassensteuer auf den Bund an; meine Ansicht nach ist bis jetzt der Bund nicht so weit einheitlich organisiert, um eine derartige Besteuerung durchzuführen, und dann zweifele ich, ob der preußische Finanzminister geneigt sein wird, diese Einnahmen zu den Bund abzugeben. Was die Behandlung des Budgets betrifft, obwohl ich weiß, daß dieser Antrag fallen wird. In diesem Hause beantrage ich die Vertheilung der einzelnen Etats an Kommissarien, die der Präsident zu ernennen ermächtigt wird, wie im preußischen Abgeordnetenhaus, bei welchem Verfahren der Verkehr mit den amtlichen Vertretern des Bundes will fruchtbar und zweckentsprechend wird.

Abg. Lasker konstatiert, daß der Vorredner den Abg. Tweten missverstanden habe. Gerade weil auch der letztere glaubt, daß die staatsrechtliche Verbindung zwischen den einzelnen Staaten noch nicht so weit hergestellt sei, um eine spezifische Bundesbesteuerung zu ermöglichen, habe er eine Übertragung der Landesteuer auf den Bund vorgeschlagen.

Präs. Delbrück: Dem Bundesetat liegen zur Zeit 3 Vorlagen vor, welche auf Erhöhung der eigenen Einnahmen des Bundes gerichtet sind, die in Beziehung auf ihre allgemeine finanzielle Wirkung einen sehr verschieden charakter haben. Die eine bezieht sich auf eine Erhöhung der Brantweinstuer in Verbindung mit der facultativen Einführung der Fabrikationssteuer an Stelle der Raumsteuer. Diese Vorlage hat eine Abgabenerhöhung zum Zweck. Zwei andere bestehen auf die Aufhebung der Porto freiheit, und die Einführung eines gemeinsamen Wechselstempels. Diese haben zum Zweck, die eigenen Einnahmen des Bundes zu erhöhen, haben aber schließlich eine Einnahmevermehrung der Gesamtheit der Bundesbelastung nicht zur Folge, denn wenn der Wechselstempel zu einer Bundessteuer gemacht wird, so hört er auf, eine Steuer der einzelnen Staaten zu sein, und wenn die Portobefreiungen aufgehoben werden, also in Zukunft die gesammte amtliche Korrespondenz der Behörden dem Porto unterworfen ist, so ist das allerdings eine Erhöhung der eigenen Einnahmen des Bundes, zugleich aber auch eine entsprechende Erhöhung der eigenen Ausgaben der Einzelstaaten. Von diesen drei, vom Präsidenten gemachten Vorlagen werden, wie ich vorausgesagt darf, 2 noch in dieser Woche dem Reichstage vorgelegt werden; in Bezug auf die Vorlage hinsichtlich des Wechselstempels kann ich eine solche Aussage jetzt nicht machen. Der hr. Abg. für Reichendach ist sodann eingegangen auf die Vorlage wegen einer Erhöhung der Behördenmillionen-Anleihe. Er hat zunächst darauf hingewiesen, daß ein relativ so geringer Betrag, wie derjenige, welcher aus dieser Anleihe für das Jahr 1870 in Aussicht genommen sei, füglich auf anderem Wege würde aufgebracht werden können. Ich muß dabei zunächst, ohne darauf einen besonderen Wert legen zu wollen, die Zahl insoweit berichten, als es sich dabei nicht vollauf um denjenigen Betrag handelt, welcher als aus der neuen Anleihe zu entnehmen sind, denn wenn man die Kurve der Staatspapiere betrachtet, so wird man darüber nicht zweifeln können, daß es sich um eine nicht ganz unerhebliche Summe handelt; es würde also aus dem Kredit, der weiter gewünscht wird, ein höherer Betrag als die 1,700,000 Thlr., die auf dem Marine-Staat stehen, zu entnehmen sein. Ich wollte diesen Punkt nur hervorheben, um die Sachlage klar zu stellen. Was nun die Frage betrifft, durch Matrikularbeiträge statt im Wege des Kredits würde aufgebracht werden können, so würde ich auch wenn es sich um weiter keinen Betrag als diesen handelt, doch sehr zweifeln, ob die Bundesregierungen gegenüber der Gesamtlösung des Budgets, sich würden entschließen können, die Matrikularbeiträge um einen solchen Betrag zu steuern. Indessen handelt es ja bei der ganzen Frage nicht um diesen Betrag allein; es kommt — und es ist in dem 1867 vorgelegten Marinegründungsplan ausführlich entwickelt — darauf an, daß die Marineverwaltung durch diese Sicherheit hat, für eine gewisse Zeit auf gewisse extraordinaire Einnahmen zu gewissen extraordinaire Ausgaben rechnen zu können. Es ist das nur möglich, wenn von vornherein feststeht, daß ein gewisses Extraordinarium ihr für einige Jahre zur Disposition steht, weil in der That nur unter dieser Voraussetzung sich eine plannmäßige Entwicklung der Marine durchführen läßt. Es kommt also bei der Frage des Kredits keineswegs der Betrag für 1870 allein in Betracht, sondern die Frage ist, ob durch diese Bewilligung des Kredits möglich gemacht werden soll, daß die Weiterentwicklung der Marine plannmäßig, und weil plannmäßig zugleich auf die zweckmäßige und am wenigsten kostspielige Weise

ist, die Verwaltungsergebnisse des Vorjahres nicht blos nachrichtlich mitzuheilen, sondern formell vollständig festzustellen. Diese Resultate kommen zwar nicht in der ersten Hälfte des März zur Feststellung, sondern erst in der zweiten; indessen kann ich bemerken, sie sind da, und es liegt in der Absicht, sie nicht blos zur Notiz dem Hause vorzulegen, sondern im Wege eines rektifizirten Budgets für 1868. Also ist es die Absicht, ein nach den Resultaten der Verwaltung, nach den Einnahmen und Ausgaben aufgestelltes berichtigtes Budget für 1868 vorzulegen, bei Gelegenheit der Vorlegung dieses Budgets die vorgenommenen Staatsüberschreitungen zur Sprache zu bringen und deren Genehmigung zu beantragen, und in Verbindung damit als Schluß des Ganzen die Matrikularbeiträge, die sich für 1868, wie nicht überrathend sein wird, sehr viel höher stellen werden, als sie berechnet waren, ebenfalls finaliter durch das Gesetz feststellen zu lassen.

Abg. Miquel spricht die Überzeugung aus, daß die auf Norddeutschland ruhende Last so groß sei, daß sie auf die Dauer nicht getragen werden könne. Man würde daher, da unter den jetzigen Verhältnissen an einer Verminderung des Landheeres nicht zu denken sei, genötigt sein, auf eine rasche und energische Entwicklung der Marine zu verzichten, wenn nicht die Hoffnung vorhanden wäre, daß mit der Zeit eine Verminderung der Last eintrete. Der jetzige Zustand, in welchem der eine Theil der Nation die ganze Last für den Schutz des Landes allein zu tragen habe, sei für den belasteten zu unträglich und für den andern zu wenig ehrenvoll, als daß man nicht hoffen dürfte, daß Süddeutschland es für einen Ehrenpunkt halten werde, an der Last Theil zu nehmen. (Große Heiterkeit links.) Sonst würde ich so große Ausgaben für die Marine nicht bewilligen dürfen. Was die Frage betrifft, ob die Kosten durch Matrikularbeiträge oder durch eine Anleihe zu decken sind, so scheint mir der letzte Weg der einzige richtige; einmal, weil die Belastung für die Gegenwart zu groß werden würde, und andererseits, weil ich hoffe, daß Süddeutschland später partizipieren werde. Dazu auch der Abg. v. Hoverbeck die Matrikularbeiträge als ein Mittel zur Währung des Budgets in Schuß nimmt, freut mich um so mehr, als er und seine politischen Freunde diesen Vorschlag früher nicht anerkennen wollten. Wir werden deshalb in keine Erhöhung der eigenen Einnahmen des Bundes willigen, welche nicht in gleicher Weise eine Quotisierung des Betrags ermöglicht und gleichzeitig eine Entlastung der Einzelstaaten garantirt. Eine solche Einnahme ist aber die von dem Abgeordneten Zweiten vorgeeschlagene Übertragung der Kassen- und Einkommenssteuer auf den Bund, sie gibt die Möglichkeit der Quotisierung und entlastet die Einzelstaaten durch Verminderung der Matrikularbeiträge in denselben Maße, in welchem sie ihre Einnahmen verläßt. Durch ihre Vertheilung nach der Kopfzahl stellen die Matrikularbeiträge die rohste und barbarischste Form der Besteuerung dar; durch eine direkte Bundesbesteuerung, wie sie der Abg. Zweiten vorschlägt, wird nicht nur die permanente Unruhe in den Budgets der Einzelstaaten befeitigt, sondern auch das Gefühl der Zusammengehörigkeit wesentlich gestärkt werden. Auf einen Punkt will ich hier zurückkommen. Wie ich höre, ist in einer Denkschrift des Bundeskanzlers ein Zweites darüber ausgesprochen, ob die Art. 69 bis 73 der Bundesverfassung es nicht zulassen, daß die Höhe der Matrikularbeiträge ohne Konkurrenz des Reichstages vom Bundeskanzler allein festgelegt werden könne. Ich muß dem mit Entschiedenheit entgegen treten. Der Verfassungsentwurf enthält allerdings ursprünglich den Satz, daß der Bundeskanzler je nach den Bedürfnissen des Bundes die Höhe der Matrikularbeiträge zu bestimmen habe, ich selbst aber habe mit meinen politischen Freunden damals den Antrag gestellt, diesen Paragraphen durch die für Preußen geltende Bestimmung zu ersetzen, wonach alle Einnahmen durch einen Gesetz festzustellen sind. Dass die Matrikularumlagen zu den Einnahmen des Bundes gehören, scheint mir unweিকraft und wird zum Überfluß noch durch Art. 70 ausgesprochen. Sollte im Laufe des Staatsjahrs sich ein Defizit herausstellen, so bleibt dem Bundeskanzler nichts übrig, als sich von den Einzelstaaten freiwillige Vorschüsse geben zu lassen oder die Ausgaben vorbehaltlich der nachträglichen Genehmigung des Reichstages zu leisten. Im ersten Falle werden die Finanzminister der Einzelstaaten den verschiedenen Landtagen für die Zahlung verantwortlich bleiben.

Abg. Hoverbeck vertheidigt die Matrikularbeiträge gegen die Bezeichnung einer Kopfsteuer, sie verlieren einen großen Theil ihres Schreckens dadurch, daß innerhalb der Staaten nicht jeder Kopf gleich viel zu zahlen habe. Preußen selbst komme bei Matrikularanlagen schlecht weg, trotzdem seien sie immer noch besser als Verbrauchssteuern mit ihren ungeheuren volkswirtschaftlichen Nachtheilen. Die Behauptung, daß er und seine politischen Freunde früher gegen die Besteuerung durch Matrikularbeiträge aufgetreten, sei nicht richtig. Er habe die Vortheile, die er heute angeführt, auch damals nicht verkannt, aber befürchtet, daß man es seitens des Bundes ermöglichen werde, die Matrikularbeiträge auf ein Minimum zu reduzieren, wenn nicht ganz verschwinden zu lassen. Gegen diese Gefahr sei man freilich durch das alle damaligen Erwartungen übersteigende Wachsen der Bunausgaben geschützt. (Heiterkeit.)

Abg. Wigard versteht nicht, wie man sich über das fortwährende Wachsen der unproduktiven Ausgaben mit der Phrase beruhigen könne, daß die dermale Lage eine Verminderung der Militärlast nicht gestatte. Wenn es wahr sei, daß Preußen und Norddeutschland jetzt eine achtunggebietende Stellung einnehme, so könne es doch um so eher einen Anfang machen, mit einem Antrage auf Reduktion der Militärlast vorzugehen. Statt dessen weise man in Deutschland auf die Rüstungen in Frankreich und in Großbritannien wieder auf das mächtige Heer in Deutschland hin, und stiegere sich auf diese Weise die Lraft gegen seit.

Abg. Dehmitz schließt sich bezüglich der geschäftlichen Behandlung der Vorlagen v. Hoverbeck an. Auch er ist der Ansicht, daß die Matrikularbeiträge aufrecht zu erhalten sind; der Druck, welcher in der Art der Vertheilung derselben liege, sei nur schwäbisch. Einer Erhöhung der eigenen Einnahmen des Bundes werde er nur zustimmen, wenn dem Reichstage ein besseres Budgetrecht eingeräumt und zugleich nachgewiesen sei, daß die legitimen Einnahmen durchaus ungünstiger seien.

Die Generaldiskussion über die Vorlagen ist hiermit geschlossen, und es folgt die Debatte über die Hoverbeckschen Anträge betreffend die geschäftliche Behandlung.

Abg. v. Hennig glaubt nicht, daß die Berathung in der Kommission gründlicher sei als im Plenum. Der Kommissionsbericht werde von dem großen Publikum nicht gelesen und im Hause werde Niemand wiederholen wollen, was im Kommissionsbericht schon gefagt sei. Er sei deshalb gegen eine Überweisung an die Kommission, empfohlen dagegen den event. Vorschlag auf Ernennung von einzelnen Kommissarien, der sich im preußischen Abgeordnetenhaus als sehr praktisch erwiesen habe.

Zweites will von beiden nichts wissen, ebenso wenig Grumbrecht, der den Unterschied zwischen den Aufgaben des Reichstags und der einzelnen Landtage geltend macht: die letzteren kontrolliren die Verwaltungen in allen Details, der Reichstag hat nur große politische Grundsäze auf das Budget anzuwenden. Mit den Formen der preußischen Budgetberatung würde man in kleinlich Debatten verfallen, die wir hier nicht haben wollen. (Unruhe und Widerspruch.) Graf Schwerin und v. Blandenburg theilen dieselbe Abneigung gegen Kommissarien, weil ihre Ernennung dazu führt, daß sie es für ihre Amtspflicht halten, Monita da zu machen, wo keine zu machen sind. Auf die Aufforderung v. Hennigs, diesen Vorwurf zu beweisen und auf seine Bemerkung, daß man doch nicht die ganze Arbeit der Vorprüfung des Budgets dem Generalkommissarius Zweiten überlassen dürfe (Heiterkeit), sondern daß man sie teilen und daß die schüchterneren Mitglieder dieser Charakterzug ablegen müssen, erwidert Graf Schwerin, daß seine Wahrnehmung nicht weiter zu beweisen sei und daß sich freiwillige immerhin der Tätigkeit Zweitens anschließen könnten.

Bei der Abstimmung werden die Anträge v. Hoverbecks auf Berweisung des Budgets an eine Kommission, event. auf Ernennung von Kommissarien abgelehnt, so daß die zweite Berathung des Budgets stattfinden kann. Während dieser Berhandlung sind Graf Bismarck, v. Treuen und zahlreiche Mitglieder des Bundesrates in das Haus eingetreten.

Es wird nunmehr die zweite Berathung der Gewerbeordnung (Tit. 2 § 30) fortgesetzt.

§ 30 lautet: Unternehmer von Privat-Schränken, Privat-Entbindungs- und Privat-Iren-Anstalten bedürfen einer Konzession der höheren Verwaltungs-Behörde, welche ertheilt wird, nachdem die letztere sich von der Zuverlässigkeit des Nachsuchenden in Beziehung auf den beabsichtigten Gewerbebetrieb überzeugt hat. Hebammen und Heilgehilfen bedürfen eines Prüfungzeugnisses des nach dem Landesgesetzen zuständigen Behörde. — Ob Thierärzte ebenfalls eines Prüfungzeugnisses bedürfen, bleibt der Bestimmung der Landesgesetze vorbehalten.

Hierzu liegen 4 Anträge vor. 3 davon werden abgelehnt und § 30 mit dem von Runge und Hennig besonders gegen den unlakraren Ausdruck „Zuverlässigkeit“ gerichtete Amendment angenommen. Dasselbe lautet:

a) im Absatz 1 statt der Worte „nachdem die letztere“ bis „überzeugt hat“ zu setzen: „wenn nicht Gründe vorliegen, welche die Unzuverlässigkeit des Nachsuchenden in Beziehung auf den beabsichtigten Gewerbebetrieb darthun;“ b) im Absatz 2 die Worte „und Heilgehilfen“ zu streichen; c) den Absatz 3 zu streichen.

Zu § 31 („Seeschiffer und Seeleute müssen sich über den Besitz der erforderlichen Kenntnisse durch ein Befähigungszeugnis der höheren Verwaltungsbehörde ausweisen.“) Der Bundesrat erlaßt die Vorfristen über den Nachweis der Befähigung. Die auf Grund dieses Nachweises ertheilten Beurkundungen gelten für das ganze Bundesgebiet. — So weit in Betreff der Schiffer und Lootsen auf Strömen in Folge von Staatsverträgen besondere Anordnungen getroffen sind, behält es dabei sein Bewenden.“) be-antragen:

1) Richter: Im Altna 1 statt der Worte „höhere“ zu setzen „zuständige“. — Ferner im Halle der Annahme des Antrags Meier (Bremen) dem zweiten Altna hinzuzufügen: „Bei Lootsen für das im Beugnis angeführte Fahrwasser.“ 2) Meier (Bremen) Runge und v. Hennig im Absatz 1, Zeile 1 das Wort „und“ zu streichen und hinter dem Worte „Seeleute“ hinzuzufügen: „und Lootsen“. 3) Miquel: Erlaß eines Bundesgesetzes.

Abg. Miquel: An den verschiedenen Küsten des Norddeutschen Bundes herrschen die verschiedenartigsten Ansichten über die Prüfung und den Nachweis der Befähigung der Seeleute. Selbst die vom Bundesrathe einberufenen Kommissionen haben sich über die Grundsätze nicht einigen können, die Entscheidung liege daher in der einfachen Majorität des Bundesrates. Dadurch könnte leicht Unzufriedenheit hervorgerufen werden, denn die Meinung derjenigen, welche die Ofsse befahren haben, sind gewöhnlich im schroffsten Gegensatz zu denen der Nordseefahrer. Werde aber diese Angelegenheit auf gelegentlichem Wege geordnet, so könnten hier im Plenum alle Ansichten vertreten und den Bedürfnissen leichter Rechnung getragen werden, weil hier jedenfalls mehr Sachverständige als im Bundesrathe gegenwärtig wären. Außerdem seien hierbei noch zahlreiche wichtige prinzipielle Fragen zu entscheiden, die er nicht gern allein vom Bundesrathe zu Ende geführt sehen möchte, er beantrage daher die Regelung auf dem Wege der Gesetzgebung.

Präf. Delbrück: Aus der Wichtigkeit der Frage und Verschiedenheit der Meinungen über die Lösung folgt noch nicht, daß der Weg der Gesetzgebung der allein richtige ist. Der Vorgang des größten Schiffahrtstreibenden Volkes, der Engländer, zeigt denselben Weg, den wir in der Vorlage betreten haben, die dortigen Verfügungen über das Steuermanns-Gesetz laufen fast gleich mit den unseren. Auf Grund der Vorlage erfolgt der Erlaß einer Regulativ und dieses muß dann Alles enthalten, was der Abg. Miquel wünscht. Der Schwerpunkt dieser Frage liegt darin: Ist diese Materie zur gesetzlichen Regelung geeignet oder nicht? Ich muß entschieden „Nein“ sagen, denn die Entwicklung unserer Marine erfordert auch eine fortwährende Entwicklung der Bestimmungen, die durch die Gesetzestorm erschwert wird.

Abg. Meier (Bremen) wiederholt seinen Wunsch, daß das Lootsengewerbe frei werde, allerdings mit Aufrechterhaltung der Prüfung. Es existieren in Bremen drei verschiedene Lootsengeellschaften, die sog. preußische, bremische und oldenburgische, die sich unter sich geeinigt haben und das Monopol des Heraus- und Herzeitlofts besitzen. Dies führt aber viele Unstimmigkeiten mit sich, die alle durch die freie Konkurrenz befeitigt würden. Wie viele Menschenleben würden nicht erhalten bleiben, wenn zumal im Winter, wo der privilegierte Lootse ungern und selten weit hinausgeht, die Konkurrenz den Lootsen antriebe? Im Wesentlichen würden zwar die Verhältnisse sich nicht ändern, denn die Anschaffung der Lootsenfutter verlangt bedeutende Mittel, das Stück kostet 10,000 Thlr., eine Besserung der gegenwärtigen Zustände ist aber jedenfalls zu erwarten. Den Antrag Miquel muß ich unterstützen, denn ein Regulativ ist schließlich nicht viel anders, als ein Gesetz, durch die Regelung auf dem gesetzlichen Wege ergibt sich aber der Vortheil der örtlichen Diskussion.

Abg. Müller (Stettin) beruft sich auf die Erfahrungen der Ostseehäfen, die durchaus für die Prüfung der Lootsen sprechen. Dort sei es nicht nötig, daß der Lootse tief in See gehe, weil dieselbe nicht so gefährlich, um so nötiger aber sei die Höhe des Fahrwassers unmittelbar in der Nähe der Küste, wo das Einfahren ohne eines solchen rein unmöglich sei. Dazu komme, daß der Tarif ein so niedriger ist, wie er sich nach Freigabe des Gewerbes kaum halten kann, und nicht zu unterschätzen sei die Schwierigkeit einer dann fast unmöglichen, aber doch nothwendigen einheitlichen Leitung des Lootsenwesens an jedem einzelnen Platze.

Abg. Harkort behauptet, daß die privilegierten Lootsen häufig sehr faul seien und ihre Stellung nur als eine Versorgungsanstalt ansähen, daher müsse er für freie Konkurrenz stimmen.

Abg. Richter (Hamburg) befürwortet ebenfalls seine beiden Ammendements. Einmal müsse man in dem Beugnis eines Lootsen das ihm bekannte Fahrwasser angeben und ihn auf solches beschränken, denn wichtiger als die Approbation der Aerzte sei die der Lootsen, — das andere Mal habe er die Umänderung des Wortes „höhere“ in „zuständige“ beantragt, weil man unter „höhere“ nichts anderes als die Spize der Verwaltung verstehen könne, dies aber doch nicht immer nothwendig sei.

Abg. Grumbrecht: Die Tätigkeit der Lootsen ist immer lokaler Natur, daher der Befrag Richter überflüssig. Die Ansicht Meiers in Betreff der freien Konkurrenz ist unrichtig, weil hier ein Unterschied zwischen den großen und kleinen Plätzen gemacht werden muß. Dort mag durch die freie Konkurrenz vielleicht Vortheil erzielt werden, hier aber, wie an der Eins, würde sich kein Lootse finden, weil er zu schlechten Verdienst haben würde.

Präf. Delbrück: Ich kann dazu, daß das Wort „Lootsen“ eingeschaltet wird, unbedenklich meine Zustimmung ertheilen, eben so auch dazu, daß die Prüfung auf ein besonderes Fahrwasser erfolgen soll. Dem Antrage auf volle Freigabe des Lootsenwesens muß ich aber dabei auf das Entscheidende widerstreiten.

Der § 31 wird mit den Ammendements v. Hennig und Richter angenommen, das Miquelsche abgelehnt.

§ 32 lautet: Schauspiel-Unternehmer bedürfen zum Betriebe ihres Gewerbes der polizeilichen Erlaubnis. Dieselbe ist ihnen nur dann zu ertheilen, wenn sie sich über ihre Zuverlässigkeit in Beziehung auf den beabsichtigten Gewerbebetrieb ausspielen haben.

Runge und v. Hennig beantragen: in § 32 a) die Worte „nur dann“ zu streichen und statt der Worte „wenn sie sich“ u. s. w. bis zum Schlus zu setzen: „wenn nicht Gründe vorliegen, welche die Unzuverlässigkeit des Nachsuchenden in Beziehung auf den beabsichtigten Gewerbebetrieb darthun“, b) einen zweiten Absatz hinzuzufügen, dazin lautend: „Beschränkungen auf bestimmte Kategorien theatralischer Darstellungen sind unzulässig.“

Abg. Dunker bittet, den § 32 gänzlich zu streichen. Das Theater wird in seiner Fortentwicklung hauptsächlich durch 3 Momente gehemmt: die Befür, das Konzessionswesen und das sogenannte Monopol der Hoftheater. Auf die Theaterzensur haben wir, da wir in unserer Verfassung keine Grundrechte haben, allerdings keinen unmittelbaren Einfluß, dies ist mehr Sache der Partikulargesetzgebungen. Ich verweise speziell auf die Befürverhältnisse in Preußen. Wenn man die preuß. Verfass. anstellt, so sollte man meinen, daß das Theater die größte Freiheit besitzt. Art. 27 der preußischen Verfassung garantiert jedem Preußen das Recht, durch Wort, Schrift und Druck seine Meinung frei zu äußern, und Art. 29 garantiert das freie Versammlungsrecht. Wie gestalten sich aber die Dinge, wenn die sich friedlich und ohne Waffen im Theater versammeln, und die Dichter durch den Mund der Schauspieler ihre Meinung frei äußern wollen? Dann existiert plötzlich weder das Versammlungsrecht, noch das Recht des freien Wortes. Durch eine einfache Polizei-Verordnung vom 10. Februar 1851 „über öffentliche Lustbarkeiten“ ist durch Herrn v. Hindeldey die Befür über unsere Theater eingeführt worden. (Hört! hört!) Jeder Theaterunternehmer muß in Holze dessen zu jeder einzelnen Vorstellung erst die Erlaubnis der Polizei einholen; er muß eine genaue Beschreibung der Szenerie und den Text der Stücke der Polizei einreichen, welche das freie, was sie will; die Vorstellung wird von Polizeibeamten überwacht, welche ein Exemplar des zentralen Stücks mit dem gesprochenen Texte vergleichen, damit ja auch nicht ein anderes Wort laut werde, das die Polizei noch nicht geprüft hat (Hört! hört!) Dieser Zustand läuft der Verfassungsbestimmung zuwider, welche lautet: „Die Befür darf nicht eingeführt werden.“ Ein solcher Zustand wäre nicht so lange zu konsernen, wenn nicht neben der Befür noch das Konzessionswesen bestünde, wodurch die Theaterunternehmer der Willkür der Polizei überliefert werden, die nicht nur über die Zuverlässigkeit der Unternehmer zum Gewerbebetrieb, sondern auch über die Bedürfnisse der Bevölkerung und die Konzessionen nur auf Widerruf ertheilt. Hierdurch sind die Unternehmer ganz in die Hand der Polizei gegeben, und sie scheuen sich, auch die gegründeten Beschwerden laut werden zu lassen. Die Freiheit des Wortes und der Dichtung ist aber auch noch beschränkt durch das Monopol der Hofbühnen. Es basirt auf einer f. Kabinettsordre, die auch aus der Zeit der befreundeten fünfzig Jahre herstammt. Hierdurch ist den Privatbühnen grundfänglich das Theaterpiel, die große Oper und das Ballett untersagt; nur fremden Tänzern resp. Tänzerinnen die Erlaubnis zu ertheilen, hatte Herr v. Hindeldey die spezielle Befugnis übertragen erhalten. Man setzte also bei Herrn. Hindeldey wohl eine besondere Sachkenntniß mit Bezug auf das Ballett voraus. (Große Heiterkeit.) Welchen Einfluß solche Zustände auf die Entwicklung unseres Theaterwesens haben müthen, ist einleuchtend. Den besten Beweis haben wir hier in Berlin. Die Zahl der Theater und ihre räumlichen Verhältnisse sind zurückgeblieben hinter den Bedürfnissen der stets wachsenden Bevölkerung u. durch die Konzession wird jede Konkurrenz besserer Theater befeitigt. Die einfache Folge ist die, daß die Theater das nicht find, was sie sein sollen, Institute zur Förderung der Kunst und der Volksbildung. Zu den Hofbühnen, an denen nur die klassischen Stücke aufgeführt werden dürfen, kann man nur mit großen Opfern Buitr erhalten, und der beschrankte Raum gestattet selbst der gut sitzenden Minderheit nicht den Buitr; der größte Theil des Volkes ist aber davon ausgeschlossen. Eine solche Monopolisierung wirkt schon durch die Beschränkung der Konkurrenz deprimierend auf die Entwicklung der Darsteller. Auf der Seite der Hofbühnen fehlt der Sporn, alle ihre Kräfte anzuspornen, damit sie durch die konkurrenzenden Privattheater nicht übertröffen werden, und auch die Nebentheater, deren Unternehmer verdammt sind, nur ein sehr beschränktes Repertoire zu kultiviren, haben nicht den Sporn, sich zu höheren Kunstsleistungen emporzuarbeiten, da ihnen ja die Möglichkeit dazu polizeilich untersagt ist. Die Befür hindert dem eigentlichsten Punktstag des öffentlichen Lebens der Nationen, laut zu werden. Sehen Sie sich doch unsere moderne Poese an, die unter solchen Verhältnissen fast das Einzigste war, worauf sich die kleinen Theater befranken mußten. Die Polizei gestattet es allenfalls, über den hochwesigen Magistrat von Berlin herzufallen, auf die Kleinstaaten Roth zu werben, während sie die leisen Anspielungen auf unsere eigenen staatlichen Verhältnisse und gerechtfertigte Angriffe gegen unsre regierenden Gemalten verpönt. (Hört! hört!) Mich hat in Holze dessen der große Beifall, den das Publikum solchen sehr feinen, aber doch gestatteten Angriffen zu Theil werden läßt, oft sehr verlegt; es wird dadurch eine Entstiftlichkeit des Publikums angebahnt, indem man auf der einen Seite Alles mit Schmutz bewirkt, auf der anderen Seite aber, wo Angriffe vielleicht nötiger wären, ein unvergleichliches Heiligtum hinstellt, und dadurch die Aufmerksamkeit des Publikums gerade von den Dingen, die ihm am nächsten liegen, ablenkt. Man täuscht dadurch das Publikum, indem man ihm die Anschein von Freiheit giebt, während es tatsächlich sich in Knachtshaft befindet. Solche Zustände können natürlich nicht ohne Rückwirkung bleiben auf die schaffende Kraft der Dichter selbst. Und es würde wohl polizeilich kaum für zulässig erklärt werden, daß sich ein Schiller, Goethe und Shakespeare heut aus sprechen, wie sie es früher gehan. (Heiterkeit.) Ja, i. J. 1844 hat ja ein Theater-Intendant ausdrücklich ausgesprochen: „Neugkeiten, die so viele gefährliche Gedanken enthalten, wie die Herren Schiller und Shakespeare ausgesprochen haben, werde ich nicht aufführen lassen, und wenn die Stücke dieser Herren nicht vor mir zur Aufführung gekommen wären, unter mir würde es nicht geschehen. (Heiterkeit.) Da sie aber nun einmal auf dem Repertoire stehen, mögen sie in Teufels Namen stehen bleiben. (Große Heiterkeit.) Von der Unzuträglichkeit der Theaterzensur haben wir kürzlich hier in Berlin noch ein eindrucksvolles Beispiel gehabt. Anverwandte des königl. Hauses dürfen nämlich nach einer alten Kabinets-Ordnung, auf einer bekannten Dichter der Nezeit, Albert Lindner, war nur ein Stück eingereicht worden, das den Titel führt: „Der Hund des Aubry“ und eine bekannte Anekdoten enthalten, wie die Herren Schiller und Shakespeare ausgesprochen haben, werde ich nicht aufführen lassen, und wenn die Stücke dieser Herren nicht vor mir zur Aufführung gekommen wären, unter mir würde es nicht geschehen. (Heiterkeit.) Da sie aber nun einmal auf dem Repertoire stehen, mögen sie in Teufels Namen stehen bleiben. (Große Heiterkeit.) Von der Unzuträglichkeit der Theaterzensur haben wir kürzlich hier in Berlin noch ein eindrucksvolles Beispiel gehabt. Anverwandte des königl. Hauses dürfen nämlich nach einer alten Kabinets-Ordnung, auf einer bekannten Dichter der Nezeit, Albert Lindner, war nur ein Stück eingereicht worden, das den Titel führt: „Der Hund des Aubry“ und eine bekannte Anekdoten enthalten, wie die Herren Schiller und Shakespeare ausgesprochen haben, werde ich nicht aufführen lassen, und wenn die Stücke dieser Herren nicht vor mir zur Aufführung gekommen wären, unter mir würde es nicht geschehen. (Heiterkeit.) Da sie aber nun einmal auf dem Repertoire stehen, mögen sie in Teufels Namen stehen bleiben. (Große Heiterkeit.) Von der Unzuträglichkeit der Theaterzensur haben wir kürzlich hier in Berlin noch ein eindrucksvolles Beispiel gehabt. Anverwandte des königl. Hauses dürfen nämlich nach einer alten Kabinets-Ordnung, auf einer bekannten Dichter der Nezeit, Albert Lindner, war nur ein Stück eingereicht worden, das den Titel führt: „Der Hund des Aubry“ und eine bekannte Anekdoten enthalten, wie die Herren Schiller und Shakespeare ausgesprochen haben, werde ich nicht aufführen lassen, und wenn die Stücke dieser Herren nicht vor mir zur

und unanständigsten Wirthshäuser auf. Der Vorredner versuchte sodann das Theater als einen Heerd der Revolution hinzustellen. Ich meine, daß die Revolutionen in Italien und Frankreich auch ohne die Theater zum Ausbruch gekommen wären; sie zeigen sich nothwendig überall da, wo man alle Sicherheitsventile verstopft, und wenn sie gerade in den Theatern ihren Ausgang gefunden haben, so ist dies rein zufällig. Ich selbst habe erlebt, daß in Italien sogar das Ballet zu Demonstrationen gegen eine mißliebige Regierung benutzt wurde (Heiterkeit) und doch dürfen Sie deshalb nicht glauben, daß die Balleteute etwa eine politische Verschwörerin gewesen wäre. Der Abg. Wagner deutete ferner auf einen anderen Ausweg hin, das Theater unter das Versammlungsrecht zu stellen, und somit dem überwappenden Polizeibeamten die Befugniß zu geben, das Theater aufzulösen. M. H., die Erfahrung lehrt, daß wenn das aufgeführte Stück wirklich derart ist, daß die Aufklärung räthlich erscheint, das Publikum die Cœfution selbst übernimmt; es soll so etwas sogar in königlichen Hoftheatern vorkommen. (Heiterkeit.) Das Publikum befiegt da einen viel richtigeren Takt als der Schuzmann. Geben Sie der Bühne Freiheit, und ich zweifle nicht, Sie werden binnen 5 Jahren in Berlin eine Aristophanische Komödie haben, worin Sie auch vorkommen. (Große Heiterkeit.)

Der § 32 wird mit dem modifizirten Amendment Runge - v. Hennig angenommen.

Schluss 4 Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 14. April.

Vorschuß-Verein. Wir wollen nicht unterlassen, unsere Leser auf das heutige Interat des Vorschußvereins zu Posen, eingetragene Genossenschaft, aufmerksam zu machen. Eine ausführliche Darstellung über die Wirksamkeit und Zwecke des Vereins geben wir morgen.

Die erste Lokomotive wurde am Dienstag auf der Posen nächst gelegenen Strecke der Märkisch-Posener Bahn mit einem Arbeitszug in Betrieb gesetzt.

Ev. Grätz, 11. April. Nachdem der Kämmerer W am 16. September v. J. sein Amt als Kämmerer niedergelegt hatte, engagierte der Magistrat zur einstweiligen Verwaltung der Kämmerer-Kasse den Appellanten des hiesigen Kreisgerichtes Kiesch. Da derselbe die Verwaltung der Kasse zu Aufsichtsbehörde des Magistrats und der Stadtverordneten geführt hat, so ist ihm dieselbe auf ein ferneres Jahr vorerst interimistisch übertragen worden, da verschiedene Umstände eine definitive Anstellung noch nicht gestattet.

Neustadt b. P., 12. April. Der Typhus, der bereits epidemisch zu werden anfangt, hat hier am Orte seit acht Tagen ziemlich nachgelassen; auch in unserer Umgegend hat derselbe seine Endschafft erreicht, und man atmet nun überall freier. — So sehr es im Kreise allgemeine Freude verursacht hat, daß der bisherige Kreisrichter Kleine in Grätz zum Rechtsanwalt in Rogasen ernannt worden, so sehr ist auch sein Scheiden bedauert worden. Derselbe hatte sich durch sein freundliches Benehmen, sowohl in und außer dem Amts die Liebe sämmtlicher Kreisinsassen erworben. Mehrere Jahre hindurch stand er der hiesigen Gerichtstagskommission vor, und wir haben in ihm einen Mann kennen gelernt, der uns in so vieler Beziehung nicht sobald erfreut werden wird. — Seit dem Eintritt der schönen Jahreszeit haben auch die Bauten im hiesigen Orte begonnen. Namlich ist es der hiesige Marktplatz, der durch mehrere Neu- und Umbauten verschönert werden wird. Auch mit dem Bau des evangelischen Pfarrhauses wird bereits vorgegangen, und wird der des katholischen Schulhauses auch nicht mehr lange auf sich warten lassen.

X Rogasen, 13. April. Nach dem vom Direktor des hiesigen Progymnasiums veröffentlichten Programm für das Schuljahr 1868 bis 1869, Eingangs dessen sich eine theologische Abhandlung von Dr. Bernheim, „Jehovae apud Jesiam persona“ befindet und mit einer Chronik der qu. Anstalt endet, entnehmen wir folgendes: An der Anstalt wirken sechs Lehrer, 1 Lehrer an der Vorstufe und drei Religionslehrer für den Religionsunterricht der drei Konfessionen. Die Anstalt besuchten im Ganzen 136 Schüler und zwar: 81 Einheimische und 55 Auswärtige; davon kommen auf die verschiedenen Konfessionen: Evangelische 71, Katholische 23 und Mosaische 41. Das Interesse, welches für diese Schulanstalt, selbst in weiten Kreisen, genommen wird, kann als ein sehr reges und günstiges bezeichnet werden, was auch schon daraus hervorgeht, daß sich die Zahl der Schüler zu Ostern d. um circa 40 vermehrt hat. Die Instandsetzung des neuen Lehrers Dr. Degen aus Bunzlau an das hiesige Progymnasium ist beim Beginn des Kursus erfolgt, dagegen ist die durch Berufung des Dr. Herrmann an die Realschule zu Begegk entstehende Lücke noch unbesetzt. Unter den in der Kreistagsitzung für den Oderbrücker Kreis vom 8. d. Mts. vorgelegten Berathungsgegenständen befindet sich ad 3: Gewährung einer einmaligen Beihilfe von 2000 Thlr. zum Bau des Progymnasii zu Rogasen, welcher Betrag auch einstimmig von den Herren Kreisdeputirten bewilligt worden. Bei den schwachen Geldmitteln, welche unserer Kommune zu Gebote stehen, ist diese Zuwendung gewiß dankend anzuerkennen, indem sie auch den Beweis liefert, wie sehr der Kreis von der Möglichkeit unseres Progymnasiums durchdrungen ist.

Staats- und Volkswirthschaft.

△ Berlin, 13. April. Mit der Gültischen Kartoffelbaumethode, welche die Aufmerksamkeit der Landwirthschaft in hohem Grade erregt hat, sind auch auf dem Versuchsfelde der landwirthschaftlichen Akademie zu Poppelsdorf Versuche angeftellt worden, die ein durchaus zufriedenstellendes Resultat geliefert haben. Es läßt sich nach denselben berechnen, daß mit Anwendung der Gültischen Methode pro Morgen ca. 10.000 Pfund Kartoffeln zu erwarten sind. Die Menge der Aussaat ist weit geringer als bei dem bisher üblichen Verfahren und ist dies jedenfalls auch ein Vorteil. — Eine belgische Gesellschaft geht mit dem Planen um, eine neue Eisenbahn-Verbindung zwischen dem Rhein und Lüemburg herzustellen, wobei zum Theil die Moselbahn benutzt werden soll.

Wintaris. Der vom 1. Juni v. J. ab gültige Soltarif unterwirft ausländischen Wein allgemein einem Eingangszoll von 2 Thlr. 20 Sgr. pro Bentner und schließt hieron nur den portugiesischen Wein aus, welches mit einem Zollsatz von 4 Thlr. pro Bentner belegt ist. — Es ist nun in der Neuzeit mehrfach spanischer Wein nach dem Soltarisatz gebracht worden, welcher durch künstliche Mittel in Madeira, sogenannter Fäcon-Madeira umgewandelt war. — Da nun echter Madeira lediglich aus Portugal bezogen werden kann, so kam hierbei in Frage, ob dieser nachgemachte portugiesische Wein ebenfalls mit 4 Thlr. pro Bentner oder nur mit 2 Thlr. 20 Sgr. pro Bentner zu verzollen sei. Das Finanzministerium hat diese Frage dahin entschieden, daß als portugiesischer Wein zum Zolle von 4 Thlr. pro Bentner nur solcher Wein zu Verzollung zu ziehen sei, welcher wirklich aus Portugal stammt.

Die Lebensversicherungs-Gesellschaft in Leipzig macht bekannt, daß sie bereit sei, kautionspflichtigen Beamten, welche bei ihr versichert sind, Darlehen zur Rautionsstellung bis zu 1/4 des Betrages der Versicherung zu gewähren.

Das darüber handelnde Regulativ ist etwas dunkel für den Uneingeweihten gehalten; zur Erläuterung deswegen das Nachstehende. — Nimmt ein 30jähriger Mann eine Versicherung von 500 Thlr., so kann er in günstigem Falle darauf nominell 400 Thlr. Vorschuß erhalten; von diesem Betrage gehen aber ab:

1) Aufgeld § 3, 1/2%	Thlr. 2 — Sgr.
2) Prämie § 3	13 5 .
3) Unkosten-Beitrag § 5 b.	2 — .
4) Gewährleistung-Beitrag § 5 c.	4 — .
5) Amortisations-Beitrag § 9	9 7 .
6) Reserve-Ausgleichung § 4 c.	22 — .
7) kleine Auslagen § 4 b. angenommen zu c.	1 — .
8) halbjährliche Zinsen	10 — .

zusammen Thlr. 63 12 Sgr.

blieben Thlr. 320, 18 Sgr., worauf 10 Thlr. halbjährlich, also pro Jahr 6 2/3% Zinsen zu bezahlen sind. — Bevor der Versicherte aber überhaupt einen Vorschuß erhalten kann, muß er abwarten, bis eine angemessene Benutzung dieser neuen Einrichtung eingetreten ist; wie weit der Begriff einer angemessenen Beteiligung Seitens des Direktoriums geht, erfahren wir nicht. Möglicherweise kann also unser Versicherer jahrelang auf diese Angemessenheit warten; es scheint uns nach Lage der Sachen sogar wahrscheinlich. — Denn nicht die Leipziger Lebens-Versicherungs-Gesellschaft als solche übernimmt den Risiko dieser Rautionsversicherungen, sondern die Darlehns-Empfänger unter sich; sie bilden eine Gesellschaft in der Gesellschaft. — An-

genommen nun, es hätten 50 Versicherte jeder 400 Thlr. zu Rautien erhalten. Dafür wären nach § 5 c. eingezahlt 200 Thlr. — Würde nun nur eine Rautie von 400 Thlr. zu vergüten sein, so hätte jeder Versicherte zur Deckung dieses Schadens noch ca. 4 Thlr. Nachschuß extra zu bezahlen. Sollten nun aber noch mehr Rautien verloren gehen, oder würden solche in höheren Beträgen zu vergüten sein, so würden sich auch die Nachschüsse in entsprechender Weise natürlich noch erhöhen. — Die regelmäßige Amortisation der dargestellten Beträge soll, schließlich bemerkt, in 25 Jahren geschehen. (§ 9.) Die Gesellschaft ist aber befugt, den Darlehnschuldner jederzeit darant zu kündigen, daß die Darlehen in den nächsten 10 Jahren zu amortisieren sind. Anstatt des oben angegebenen Amortisationsbeitrages von jährlich 9 Thlr. 7/8 Sgr. würde unser Versicherer in diesem Falle jährlich ca. 33 Thlr. außer jährlichen Prämien, Unkosten ic. zu bezahlen haben, eine Mehrausgabe, die ihm doch vielleicht sehr unangenehm sein dürfte.

Wohl.

Breslau, 11. April. Auch in der abgelaufenen Woche gelangte das Geschäft zu keinem höheren Aufschwung als in der Vorwoche, und betrugen die Umsätze kaum mehr als 500—600 Thlr. Dieselben bestanden in hochseinen, feinen und mittleren und schlesischen Einschüren, dergleichen Gerberwollen, sowie ostpreußischen und polnischen Schurwollen. Käufer waren hiesige Kommissionäre für rheinische und französische Rechnung, sowie Händler aus Österreich. Die Preise bleiben gedrückt und die Eigner sehr entgegenkommend. (Bresl. Handelsbl.)

Ackerbau.

Neustadt b. Pinne, 12. April. Durch die gedrückten Wollpreise scheinen sich die Guabsitzer jetzt mehr auf die Viehzucht zu legen, da die Fleischpreise sich schon seit längerem sehr behaupten. So haben sich schon mehrere Guabsitzer Bullen und auch Jungvieh aus Ostfriesland verschrieben, und sind diese bereits zur Viehzucht hier eingetroffen. Wie weit übrigens die Viehzucht vorgeschritten beweist, daß vom Oberamtmann Boldt auf Gloczemo bei Birnbaum Lämmer gezogen werden, welche kaum 1 Jahr alt, 120—130 Pfz. Fleischgewicht haben.

*** Das Dämpfen der Futterstoffe.** Seit geraumer Zeit schon ist es gebräuchlich, in kleineren Dekonomien die Futterstoffe, insbesondere die Rauhfutterstoffe, als Häcksel, Spreu u. dgl. gemischt mit Kartoffeln, Rüben, Kleien und Delikchen durch Kochen oder Anbrühen mit heißem Wasser in einem leichteren verdaulichen Zustand überzuführen, während in den größeren Dekonomien durch die Branntweinschlempe derselbe Zweck angestrebt und erreicht wurde. Doch in dieser neuen Zeit mehr und mehr die Bevölkerung gewinnt, daß durch die bevorstehende extreme Erhöhung der Brennereisteuer viel Landwirthe in die Notwendigkeit versetzt werden dürfen, die Brennereien ganz eingeben zu lassen, so taucht mehr und mehr die Frage auf, welche Futterbereitungsmethoden am Geeigneten sein dürfen, um in ähnlicher oder gleicher Weise, wie es durch die Branntweinschlempe geschieht, die Rauhfutterstoffe vor ihrer Verabreichung in einen leichter verdaulichen Zustand überzuführen. Bei dieser Gelegenheit kommt man allmälig auch zu der Überzeugung, daß durch das Kochen und noch viel weniger durch das Anbrühen des Rauhfutters dessen leichtere Verdaulichkeit wesentlich gefördert werden kann, indem die bei einer solchen Behandlung auf die Holzfaser der Futterstoffe einwirkende Temperatur eine zu geringe ist, um dieselbe loslicher zu machen. Die Erfahrung, daß durch die Anwendung von Dampfschläuchen eine bedeutende Ersparnis von Brennstoff und Zeit erzielt wird, hat daher die Herren Giffhorn und Uvenarius in Gau-Algesheim, deren Dampfschläuche bereits in weiteren Kreisen eine große Anerkennung gefunden haben, zu der Idee geführt, dasselbe Prinzip auch auf die Futterzubereitung anzuwenden. Sie fertigen zuvorderst Kessel in Form und Größe der gewöhnlichen Waschfessel bis zu 150 Liter Inhalt. Dieselben werden auf die Feuerung eingemauert und sind mit dampfdicht aufliegendem und festgeschraubt werden dem Deckel versehen, deßen Dampfschlauch aus einem tonig einfliegenden Propfen besteht, der sich hebt und den Dampf austreten läßt, sobald die Spannung des Dampfes so stark ist, daß der Kessel in Gefahr kommen könnte zu zerpringen. Werden diese Kessel am Abends gelegentlich der Aufzüchterung mit den für den anderen Morgen bestimmten Futterstoffen als Häcksel, Spreu, Schrot, Kleien, Kartoffeln, Rüben ic. gefüllt, mit der nötigen Menge Wasser übergossen, das dann zum Kochen gebracht wird, und wird der Deckel mit einem schlechten Wärmeleiter ausgelegt, so hat man den anderen Morgen ein warmes und leicht verdauliches Futter. Verluste, welche die höhere landwirtschaftliche Lehranstalt in Worms über die Wirkung des gekochten und gedämpften Futters ausführen ließ ergaben zu Gunsten des gekochten Futters eine bessere Ausnutzung von 27 Prozenten bei einem um 36 Prozenten vermindernden Brennstoffverbrauch. Solche Dampfschäfle nur auf circa 10 Thlr. zu stehen kommen, so dürfen dieselben nicht allein solchen Landwirthen zu empfehlen sein, welche in die Notwendigkeit versetzt werden dürfen, ihre Brennereien einzustellen, sondern auch denjenigen, welche bisher noch auf den Nutzen des durch höhere Temperatur aufbereiteten Futters verzichten mußten.

Bermischtes.

*** Der Jesuitenpater Roh** hat bekanntlich einmal von der Kanzel herab jenem Gelehrten eine Prämie von 1000 Gulden versprochen, der ihm irgend ein von einem Jesuiten geschriebenes Buch vorweisen könne, in welchem der vielangefochtene Bock heiligt die Mittel, als These des Ordens sich vorstünde. Jetzt hat ein schweizerisches Blatt einen von Dr. Franz Huber gezeichneten Aufsatz an Roh veröffentlicht, in welchem Erster sich bereit erklärt, die gewünschte Stelle des Buches zu veröffentlichen, falls Roh noch die Prämie aufrecht erhalten und die juristische Fakultät, die als Schiedsrichterin fungiren sollte, namhaft machen wolle. Ein Aufsatz im Magazin für die Literatur des Auslandes ist der Aufsatz, Dr. Huber stellt sich auf die Enthüllungen stützen, die der protestantische Pfarrer in der Rheinpfalz, E. R. L. Maurer, in seinem „Neuen Jesuitenpiegel“ gebracht; es wird darin auf das Werk „medulla Theologiae moralis“ des berühmten Jesuiten Busemann hingewiesen, woselbst es Buch IV. Kap. 3 heißt: „Cum finis est licitus, etiam media sunt licita.“ Zu Deutsch: „Wenn der Zweck erlaubt ist, sind auch die Mittel erlaubt.“ Dazu zu Erreichung des erlaubten Zweedes (z. B. die Beschenkung des Armen) auch manchmal unerlaubte Mittel (Diebstahl u. s. w.) angewendet werden können, wird nach Busemann ganz natürlich gefunden.

*** Prinz Louis von Bourbon** ist nach vielen eines Odysseus würdigen Irrabreiten endlich in dem Ithaka des Thstands angelangt. Die jungen Gatten trafen zuerst in Paris zusammen, von wo sie, da der Vater des Brinzen, Graf d'Aquila (Oheim des früheren Königs Franz von Neapel), die Einwilligung zur Heirat versagte, nach Köln reisten, um sich dafelbst trauen zu lassen. Der Erzbischof weigerte sich die Schließung des Ehebündnisses zu genehmigen; doch der Prinz wußt vor kirchlichen Hindernissen ebenso wenig wie vor politischen oder dynastischen zurück und folgte dem Rathe des Vaters der Braut — eines wohlhabenden Habaner — nach New-York. Aber auch hier, im „freien Lande“, gab es Hindernisse; Prinz Louis Marie Ferdinand Pierre d'Alcantara stand mit seiner Braut schon vor dem Traualtar, als die Behörden der katholischen Kirche den Akt zu verhindern wußten. Jetzt blieb nichts anders übrig als eine Fliehreise. Der Prinz begab sich mit seiner Braut, die sich durch außerordentliche Schönheit auszeichneten soll und Amelia Isabel Hamil heißt, zur City-Hall, um sich von dem Mayor trauen zu lassen. Doch weh! der Mayor Oakley Hall war nirgends zu finden, und das liebende Paar nahm keinen andern Ausweg, als sich zum nächsten Polizeigericht zu begeben, und dort seiner Wünsche höchsten durch Vermittelung des Richters Dodge verwirklicht zu sehen. Einer neueren Notiz zufolge ist die Braut mosaischen Stammes und Glaubens. Der vielgeprüfte Prinz theilt also jedenfalls nicht das Vorurtheil des Grafen Chorinsky.

*** Kopenhagen,** 4. April. Unter dem Protektorat des Königs Christian IX. von Dänemark und dem Präsidium des Staatsrats und Directors des archäologischen Museums zu Kopenhagen T. J. A. Worsaae wird in hiesiger Stadt am 27. August der internationale vorhistorische archäologische Kongreß, welcher im Jahre 1868 in Paris stattgefunden hat, eröffnet werden. Es ist dies seine vierte Zusammenkunft. An die bekannten Gelehrten des Fachs in der ganzen Welt sind dazu Einladungen mit dem Programm ergangen. Die Beteiligung ist aber auch jedem Geblüdeten, gegen die Einschreibegabe von 12 Fr., gestattet.

*** Arzneimittel.** Professor Almen in Upsala hat, dem „Militär-Wochenblatt“ folge, eine neue Form zur Herstellung von Arzneimitteln erfunden. Die Form, welche er den Arzneien giebt, besteht in dünnen Leimblättern oder dünnen Scheiben von Gelatine, jede von diesen in bestimmter Stärke mit Rücksicht auf den Gehalt der Medizin. Die medizinische Gelatine

wird in der Art bereitet, daß man entweder eine entsprechende Quantität Leim in warmem Wasser auflöst und dieser Auflösung sodann das Arzneimittel zugesetzt, oder aber daß man den Leim in einer Infusion oder einem Dekokt der Arznei sich auflösen läßt. Diese Auflösung wird sodann auf einer ebenen Blöße ausgegossen und, wenn sie erstarrt ist, in eine gewisse Anzahl gleich großer und gleich dicker Stückchen getheilt, so daß jedes der selben mithin dieselbe Quantität des zugesetzten Medikaments enthält. Um die Sprödigkeit der Gelatine zu vermindern, setzt man der Mischung etwas Glyzerin hinzu. Nach der Behauptung des Prof. Almen soll sich die Kraft der Arznei in der Form einer Gelatine besser erhalten, als in jeder andern.

*** Aus Amerika** berichtet die „Engl. C.“: Die immer stärker werdende Schwangherrschaft des falschen Haars hat einem neuen Industriezweige Leben gegeben. Die Zahl der Haarbiebe steigert sich im Verhältnis zu der Nachfrage nach Haar in allen Farben und Schattirungen, und Damen, welche der neuesten Mode folgen, sind überall — in der Kirche wie auf der Straße — in Gefahr, ihr Bildnis ohne diesen Schnuck im Spiegel wiederzusehen. Hierzu sei erwähnt, daß der Bischof von New-Jersey erklärt hat, er werde bei der nächsten Firmung seine Hände segnen nicht auf falsche Haare oder Chignons legen, womit die Kopfe so vieler jungen Damen verunzert seien. Da darf es aber doch bei allem guten Willen schwer werden, das Gold vom Kupfer zu unterscheiden.

*** An der Pacific-Eisenbahn,** so schreibt die „N. G. Handelszeit.“, folgten die Städte, welche an ihren Endstationen entstehen, derselben bei ihrem weiteren Vorriethe. Es bleiben wohl einzelne Häuser, um den Platz zu bezeichnen, wo früher Wochen oder Monate lang ein tolles Treiben geherrscht hat, aber die Masse der Holzhäuser oder Buden werden abgebrochen, die Bretter, Thüren, Fenster werden numerirt, zusammengepackt, auf die Eisenbahnfrachten geladen, Mobiliar und Utensilien dito und fort geht es nach der neuen Endstation, wo sich binnen wenigen Tagen die neuen Bretterbudenstadt erhebt und wo dasselbe Leben beginnt, wie auf der letzten Station, bis wieder gerückt wird. Man kann sich diese Wirtschaft denken, wie die wandernden Migrätschaft, die mit ihren Buden von Jahrmarkt zu Jahrmarkt (oder Fair, wie es hier heißt) von Messe zu Messe zieht. Die ganze Bevölkerung dieser Wanderstädte kann als Nomaden bezeichnet werden, als amerikanische Araber, so unfest und ebenso räuberisch wie die wirklichen. Den Hauptbestandtheil der Bevölkerung einer solchen Stadt bilden die Inhaber von Trinklokalen, Spiel- und Tanzbuden mit ihrem Gefolge von Spitzbuben, Kehlachneidern und lockeren Dirnen. Dann kommen eine Anzahl Händler mit Lebensmitteln, Bäcker, Fleischer, Grocer; ferner Händler mit Leidungsstücken, Boardingwirthe und einige wenige Handwerker. Es gibt natürlich ehrenwertre brave Leute darunter, aber die Mehrzahl besteht aus Gefindel. Raub und Mord ist an der Tages- (und Nacht-) Ordnung, jeder geht bewaffnet; wenn die Unsicherheit zu groß wird, so hilft dann und wann Richter Lynch auf eine kurze Zeit zur Wiederherstellung der Ordnung. Oft müssen zwei zusammengestellte Wagendeichseln die Stelle eines Galgens vertreten, wenn kein Baum in der Nähe ist. Die Unsicherheit der Plätze wird durch räuberische und betrunke Indianer häufig genug vermehrt.

*** Aus Chicago** schreibt der Korrespondent der Wiener „Presse“: Aus Nr. 1 des „Tägl. Beob.“ in Omaha, im fernen Nebraska, erfährt die literarische Welt Deutschlands, daß der berühmteste aller deutschen Dorfchulmeister, Franz Bacherl aus Pfaffenhausen bei München,

Militär-Kurhaus in Warmbrunn.

Unter Protektion Sr. Agl. Hoheit des Prinzen Albrecht von Preußen.

Durch die Güte der Gräflich Schaffgotsch'schen Badeverwaltung zu Warmbrunn sind dem Komite für die Saison 1869 wieder 50 Freibadestellen bewilligt worden.

Nach den Statuten der Stiftung sind dazu mit vierwöchentlicher freier Verpflegung im Hause berechtigt:

Alle unmittelbaren früheren Militärs bis zum Unteroffizierstande einschl. aufwärts, welche in Folge der in den letzten Feldzügen oder überhaupt im Militärdienst erhaltenen Wunden oder erlittenen Strapazen dieser Bedürftigen und keine Ansprüche mehr auf Leistung der Kur durch die königl. Militärbehörden haben.

Anmeldungen für diese Freistellen bitten wir unter Beifügung 1) eines ärztlichen Attestes über die Notwendigkeit des Badegebrauchs in Warmbrunn und der Entfernung des Leidens aus dem Militärdienst; 2) einer Bescheinigung der Mittelloffigkeit durch die Ortsbehörde, an das Bureau des Komite's, Berlin, Potsdamerstr. Nr. 106 a., zu richten. Berlin, 5. April 1869.

Das Komite zur Unterhaltung des Militär-Kurhauses in Warmbrunn.

Circus Fastenberger. Der bei der höheren Sportwelt Posens mit Recht beliebte Stallmeister und Reitkünstler Herr Hugo Blennow wird den von ihm in kurzer Zeit dargestellten ungarnischen Tigerwallach "Tigeretto" bei der heutigen (Mittwoch-) Vorstellung in der hohen spanischen Schule zum ersten Male reiten. Die ganze Vorstellung zeichnet sich durch ein interessantes Programm besonders aus.



Vom 15. April c. ab findet auf den unter unserer Verwaltung stehenden Eisenbahnen die Ausgabe von Retour-Billets in erweitertem Umfange statt, und wird gleichzeitig die Gültigkeitsdauer der Retourbillets für höhere Entfernungen auf 3 Tage verlängert.

Die Rückreise auf Retourbillets mit zweitägiger Gültigkeitsdauer muss an dem der Lösung folgenden Tage, auf Retourbillets mit dreitägiger Gültigkeitsdauer am 2. Tage nach demjenigen der Lösung beendet sein.

Im Lokalverkehr berechtigen die Retourbillets I. und II. Klasse auch zur Benutzung der Schnellzüge. Der Übergang auf die Schnellzüge auf Retourbillets III. Klasse kann erfolgen:

bei Benutzung der II. Klasse gegen Befreiung eines entsprechenden Tourbilletts IV. Klasse,

bei Benutzung der I. Klasse gegen Befreiung eines Tourbilletts III. Klasse.

Ebenso ist auf Retourbillets das Übergehen in die nächst höhere Wagencasse — sowohl bei den Personen als Eil- und Schnellzügen — gegen Befreiung eines entsprechenden Tourbilletts IV. Klasse zulässig.

Unterbrechung der Fahrt auf einer Zwischen-Station ist innerhalb der Gültigkeitsdauer der Retourbillets sowohl auf der Hin- als auf der Rückreise je einmal gestattet; die betreffenden Reisenden haben jedoch auf der Zwischen-Station sofort nach dem Verlassen des Buges dem Stations-Vorsteher, ihr Billet vorzuzeigen, damit dasselbe mit dem erforderlichen Vermerke versehen wird.

Die Touren, für welche fortan Retourbillets ausgegeben werden, die Gültigkeitsdauer und die Tarifzäsuren werden durch besonderen Aushang neben den Billetschaltern bekannt gemacht.

Frühere dieser Bekanntmachung etwa entgegenstehende Bestimmungen treten mit dem eingangs erwähnten Tage außer Kraft.

Breslau, den 9. April 1869.

Königliche Direktion
der Oberschlesischen Eisenbahn.

Bekanntmachung.

Der Inhaber der hiesigen sub Nr. 95 in unser Firmen-Register eingetragenen Firma Simon Tarnowski, Kaufmann Simon Tarnowski, ist von hier nach Berlin gegangen und deshalb diese Firma bezüglich ihrer weiteren Führung in unserm Register erloschen. Es ist dies in letzteres heute zufolge Verfügung vom heutigen Tage eingetragen.

Samter, den 10. April 1869.

Königliches Kreisgericht.
Erste Abtheilung.

Bekanntmachung.

Der Inhaber der hiesigen sub Nr. 48 in unser Firmen-Register eingetragenen Firma H. Joachimsohn, Kaufmann Heymann Joachimsohn, ist von hier nach Berlin gegangen und deshalb diese Firma bezüglich ihrer weiteren Führung in unserm Register erloschen. Es ist dies in letzteres heute zufolge Verfügung vom heutigen Tage eingetragen.

Samter, den 10. April 1869.

Königliches Kreisgericht.
Erste Abtheilung.

Bekanntmachung.

Die resp. in Bliżecie und Revier im hiesigen Kreise belegenen, zum Nachlass des Carl Baepke gehörigen, auf zusammen 35.000 Thlr. abgeschätzten Grundstücke sollen im Wege der freiwilligen Substitution verkaufen werden und haben wir zu diesem Zwecke einen Termin auf

den 15. Juni d. J.

Morgens 10 Uhr, vor dem Herrn Rath Berndt in unserem Gerichtslokale anberaumt, zu welchem wir Kaufleute anberufen, mit dem Bemerkung vorladen, daß der Mithietende eine Kautio

nach dem Beflag von der obersteuernden Behörde abhängt.
Wongrowiec, den 1. März 1869.

Königliches Kreisgericht.

II. Abtheilung.

Tuch- u. Auktion.

Im Auftrage des königlichen Kreisgerichts werde ich Freitag den 16. April c., Vormittags von 9 Uhr ab, im Auktions-Saal, Magazinstraße Nr. 1, mehrere ganze und angeschnittene Stücke Tuch, Möbel, Hauss- u. Wirtschaftsgeräthe öffentlich meistbietend versteigern.

Rychlewski,
königlicher Auktions-Kommissar.

Die mir gehörende ländliche Befestigung zu Brzezowice bei Budewitz, 1½ Meile von Polen, mit einem Flächeninhalt von 120 Morgen inll. 20 Morgen Wiesen, im guten wirtschaftlichen Zustande, durchweg fleißigem Acker, guten Wirtschaftsgebäuden, vollständigem lebendem und todtendem Inventar, mit allen Vorräthen, bin ich Willens, unter annehmbaren Bedingungen zu verkaufen. Käufer erfahren Näheres bei dem unterzeichneten Verkäufer, wohnhaft zu Karlowitz bei Schwersenz.

H. Christ,
Inspector.

Ein Berliner Möbelwagen trifft spätestens bis zum 17. hier ein und wünscht Rückfracht. Zu erfragen in Krugs Hotel.

Station der Eisenbahn von Kreisen nach Altenbeken.

- 1) Die Driburger Quellen gehören bekanntlich zu den an Kohlensäure, Eisen und Mangan reichen ihrer Art. Die Erwärmung in den Bannen in 5 bis 6 Minuten durch Dämpfe mit möglichst geringem Verluste.
- 2) Außer diesem eisenhaltigen Heißapparate Hersterbrunnen — höchst milde, auflösende Quelle, überall angezeigt, wo die mächtige Driburger zu erregend wirkt, überdies wie die vermande Bildungen durch spezifische Wirksamkeit in Nieren und Blasenkrankheiten bewährt.
- 3) Schwefelkohlebaden.
- 4) Molten.

Dauer der Saison vom 15. Mai bis 15. September. Brunnenarzt seit 40 Jahren Geheimer Sanitätsrat Dr. Brück, außer der Saison in Driburg. Näheres in dessen "Balneologischen Aphorismen". Wohnungs- und Brunnenbestellungen besorgt der Administrator Vollmer zu Driburg.

Vereins-Soolbad Golberg
eröffnet seine Sool-, Douche-, Dampf- und Moor-Bäder Ende Mai, besitzt ein Inhalatorium, 30 Logierzimmer und hält Mutterlaugensalz auf Lager. Auskunft bei den Unterzeichneten und dem Bade-Inspector Herrn Grenzdörfer.

Gründung des Seebades Anfang Juni.

Die Direktion.
Gese, R. Müller, Dr. Bodenstein, Dr. Hirschfeld, Dr. von Bünau, Kaufmann Hauptmann. Arzt. Arzt. Königl. Sanitätsrat.

Vorschuß-Verein zu Posen,
eingetragene Genossenschaft.

Bilance

vom 31. März 1869.

Activa:

Thlr. Sgr. Pf.

369. 29. 3.

Kassenbestand

Ausstehende Forderungen:

a) gegen Wechsel ausgeliehen 23,984. 6. 3.
davon befinden sich in unserem Portefeuille 10,627 Thlr. 5 Sgr. — Pf.
und sind bei verschiedenen Banken

diskontirt 18,357 1 3 .

b) auf Konto-Korrent 23,984 Thlr. 6 Sgr. 3 Pf.

Utensilien 2. 5. —

Reservesfond 18. 25. —

24,375. 5. 6.

Passiva:

Aufgenommene Darlehen:

a) gegen aus unserem Portefeuille bei verschiedenen Banken diskontirte Wechsel 13,357 Thlr. 1 Sgr. 3 Pf. Thlr. Sgr. Pf.
b) Depositen von Privaten 4049 19 9 17,406. 21. —

Sparsparlagen 968. 2. 6.

Einlagen der Mitglieder 5443. 1. —

Reservesfond 350. 8. 9.

Gewinn 207. 2. 3.

24,375. 5. 6.

24,375. 5. 6.

24,375. 5. 6.

24,375. 5. 6.

24,375. 5. 6.

24,375. 5. 6.

24,375. 5. 6.

24,375. 5. 6.

24,375. 5. 6.

24,375. 5. 6.

24,375. 5. 6.

24,375. 5. 6.

24,375. 5. 6.

24,375. 5. 6.

24,375. 5. 6.

24,375. 5. 6.

24,375. 5. 6.

24,375. 5. 6.

24,375. 5. 6.

24,375. 5. 6.

24,375. 5. 6.

24,375. 5. 6.

24,375. 5. 6.

24,375. 5. 6.

24,375. 5. 6.

24,375. 5. 6.

24,375. 5. 6.

24,375. 5. 6.

24,375. 5. 6.

24,375. 5. 6.

24,375. 5. 6.

24,375. 5. 6.

24,375. 5. 6.

24,375. 5. 6.

24,375. 5. 6.

24,375. 5. 6.

24,375. 5. 6.

24,375. 5. 6.

24,375. 5. 6.

24,375. 5. 6.

24,375. 5. 6.

24,375. 5. 6.

24,375. 5. 6.

24,375. 5. 6.

24,375. 5. 6.

24,375. 5. 6.

24,375. 5. 6.

24,375. 5. 6.

24,375. 5. 6.

24,375. 5. 6.

24,375. 5. 6.

24,375. 5. 6.

24,375. 5. 6.

24,375. 5. 6.

24,375. 5. 6.

24,375. 5. 6.

24,375. 5. 6.

24,375. 5. 6.

24,37

Hiermit beecken wir uns ergeben zu anzeigen, daß wir am 1. April unser in Posen, Wilhelmsplatz 15, belegene Weinhandlung, verbunden mit Weinstube, da wir persönlich außer Stande waren, diesem selbst vorzustehen, an Herrn Julius Buckow mit Aktiva und Passiva übertragen haben. Derselbe wird das Geschäft ferner unter der Firma:

Julius Buckow, Th. Baldenius Söhne Nachf.
in der früheren Weise fortführen.

Die Weine, welche sämtlich aus unseren Kellereien sind, werden fernerhin zu den bisherigen billigen Preisen unter Abrechnung von 20% Steuer-Rabatt in derselben guten Qualität geliefert.

Indem wir für das uns freundlichst geschenkte Vertrauen danken, bitten wir ergeben, dieses auch dem Herrn Julius Buckow zu erhalten. Berlin, den 10. April 1869.

Th. Baldenius Söhne,
Wein-Großhändler.

Auf Obiges Bezug nehmend, werde ich mich bemühen, das diesem Geschäft geschenkte Vertrauen durch Lieferung nur guter Ware zu den billigsten Preisen auch mir zu erhalten und empfehle ich mich geneigtem Wohlwollen.

Julius Buckow.

Stück- und Würfelfohlen
offerire ich in $\frac{1}{2}$, $\frac{1}{4}$ u. $\frac{1}{4}$ Wagenladungen franko hier vor's Haus oder auf Lager, sowie in ganzen Ladungen nach allen Bahnhöfen noch

Ruß- und Kleinfohlen

für Ziegeleien, Brennereien und Dampf-Fabriken zu den jederzeit billigsten Preisen und sämtliche Sorten in Prima-Qualität.

Meine Lieferungen erfolgen nach Grubenmaß direkt von den Waggons, da ich Lager nicht halte.

Rudolph Rabsilber, Spediteur, Posen, Breitestr. 20.

Wegen gänzlicher Auflösung des Geschäfts verkaufe ich sämtliche Bestände zu Einkaufspreisen; auch würde ich unter annehmbaren Bedingungen das Geschäft im Ganzen verkaufen.

A. Roehler,
Sapientapl. u. Friedrichstr.-Ede.

B. Szuminska.

Mein Puz- und Schneidergeschäft habe ich seit dem 1. April nach Hôtel du Nord verlegt und mit allen Nouveautés versehen, empfehle ich es dem geehrten Publikum.

Eine complete Destillations-Einrichtung mit Blase, Kühl- und Kohlfach ic. ist sofort zu verkaufen. Näheres St. Adalbert Nr. 48.

Sämtliche Restbestände von gut abgelagerten Cigarren, Wiener Meerschaumspitzen werden, um schnell damit zu räumen, zu auf fallend billigen Preisen verkauft.

Joseph Warszawski, Gr. Ritter straße 2, Parterre, n. Hrn. Kommissionsrat Galf.

Fabrik u. Magazin fertiger Wäsche
von
Robert Schmidt

(vorm. Anton Schmidt)

Posen, Markt Nr. 63
empfiehlt in solider Ware und Arbeit, besten Fäsons und zu den billigsten Preisen:

Herren-Nachthemden

von Chiffon, Shirting und Leinen,

Shirting-Oberhemden

in weiß und couleurt mit leinenen Einsätzen,

Leinen-Oberhemden

von 16 bis 120 Thaler pro Dutzend,

Reise-Hemden

in Seide und Wolle.

Sämtliche Qualitäten in allen Größen und Halsweiten (leitere von 14 bis 18", immer $\frac{1}{2}$ " steigend) am Lager.

Herren-Unterbekleider,

Beithosen ic. ic., Hemden-Einsätze, von 1 $\frac{1}{4}$ bis 60 Thaler pro Dutzend,

Gemisettes mit und ohne Kragen, Krägen, Manchetten.

Damen-Laghemden, Nachthemden, für Damen, Damen-Negligées aller Art, einfachste bis elegante Genres.

Mädchenhemden für jedes Alter, Knabenhemden Komplette Kinderwäsche, Komplette Wiegen ic. ic.

Bettwäsche aller Art, Komplette Betten.

Kirchen-Wäsche.

Wäschestücke für Krankenhäuser ic.

The Singer Manufacturing Co. in New-York,

Inhaber der größten Nähmaschinen-Fabrik der Welt, liefert per Tag 280 Stück, somit jährlich über 100,000 Stück Nähmaschinen für die verschiedenen Branchen und bat sich trotz dieser enormen Produktion seit Einführung der neuen Familien-Nähmaschine, welche sich vermöge ihrer Vielseitigkeit, Dauerhaftigkeit, leichter Handhabung und ruhigen Gangs, so rasch; die höchste Gunst des Publikums errungen hat, wiederum veranlaßt geschenkt, ihre Fabrik zu vergrößern, um dem stets steigenden Bedarf der Abnehmer zu entsprechen.

Die neue gerünschlose Familien-Nähmaschine, an welcher eine feinere Nadel, als an irgend einer anderen Nähmaschine angebracht werden kann, eignet sich besonders für den Haushalt, Konfektions- und Damenkleiderarbeit, Mützen-, Schirm- und Korsettfabrikation ic. Sie ist unfehlbar die praktischste aller bisher bekannten Nähmaschinen und vereinigt in sich alle diejenigen Vorzüge, welche andere Fabrikate nur teilweise besitzen.

Bekanntlich liefert die Singer Mfg. Co. die besten, für die mannigfältigsten Manufakturzwecke anwendbaren Nähmaschinen, als: für Schuhmacher-, Schneider-, Sattler-, Hutmacher-, Sack- und Segelmacher-Arbeit, sowie für Waggonfabrikation, und spricht für die Güte dieser Maschinen hauptsächlich der massenhafte Ankauft der verschiedensten Regierungen, wie Preußen, Russland, England, Frankreich, Amerika u. s. w., von welchen die ehrendsten Urteile über die Leistungsfähigkeit und Ausdauer derselben ertheilt sind.

Gleichzeitig mache ich noch auf die erst kürzlich von New-York eingetroffene

Neue Schuhmacher-Maschine,

welche den jetzt allseitig gewünschten Perlstich liefert, aufmerksam, und dürfte dieselbe durch ihr festes, schönes und dauerhaftes Arbeiten als die Erste in dieser Branche zu betrachten sein. Da die neue Familien-Nähmaschine vielfach und mangelhaft nachgeahmt, und unter der Bezeichnung Deutsche Singer Maschinen, zur leichteren Täuschung des Publikums mit einer ähnlichen Marke versehen, als das Fabrikat der Singer Manufacturing Compagny in New-York, ausgetragen wird, sollte man genau auf das nebenstehende Fabrikatzeichen und dessen Umschrift achten; ohne dasselbe sind die Maschinen nicht echt.

All Maschinen werden unter vollständiger Garantie verkauft und der Unterricht gratis ertheilt.

Thätige Agenten im Regierungsbezirk Posen werden unter sehr günstigen Bedingungen angestellt von der

Haupt-Agentur in Posen.
Anna Scholtz.

Kettelsch-Nähmaschinen,
System Wilcox & Gibbs,

empfehlen wir zu nachstehenden Preisen in solider Ausführung bei 5 Jahr Garantie:

Ar. 1. Kettelsch-Nähmaschine	12 Thaler.
= 2. desgl.	größeres Modell 14
= 3. Kettelsch-Nähmaschine mit elegantem Tisch	20
= 4. desgl. größeres Modell	25

Richter & Goldfriedrich,
Dresden, Wettinstraße.

Mit feinsten Referenzen versehene Agenten werden gesucht.

Gebr. Friedmann zum Verkauf.

à 1500 Quart Inhalt stehen bei Gebr.

Friedmann zum Verkauf.

Lebende Fische Donnerst. Ab. bei M. Briske Wwe.

Leb. Hefte u. Bander Donnerst. A. v. Kletschoff.

Prämierte „geruchlose“ Klosets nach Prof. Müller u. Dr. Schür'schem System, als das jetzt unfehlbar Beste anerkannt, von ärztlichen Autoritäten, Krankenhaus-, Lazareth-, Schul- und Fabrik-Bewaltigungen, Eisenbahn-Direktionen, praktischen Landwirthen und hunderten Privatpersonen.

Unentbehrlich, weil das Reinlichste. **Unentbehrlich** vor Krankenbetten. Spezielleres mit Kopien vieler Anerkennungsschreiben auf

Preis inl. Verpack gegen Nachnahme: ficht. pol. 13% Thlr., etch. pol. 16% Thlr. ab Stettin.

Kommoden- und Lehnschuhform nach Preis-Kurant. Wiederveräufern Rabatt.

Zeugnisse.

Das mit überlandte Kloset hat so sehr den gerechten Preis n. s. w.

Ueckendorf b. Demmin, 13. Febr. 1868.

Lagemann.

Mit dem früher von Ihnen erhaltenen Klo-

set bin ich sehr zufrieden u. s. w.

Czernikowko, 25. Sept. 1868.

Nasmus,

Lieut. und Rittergutsbesitzer.

Die von Ihnen erhaltenen Klosets bewähren sich sehr u. s. w.

Putbus auf Rügen, 10. Oktober 1868.

Denzin, Hotelbesitzer.

Senden Sie mir gef. wieder 1 Exemplar

Ihrer berühmten Gleicherungsapparate in der Güte wie erhalten.

Demmin, 25. Januar 1868.

Joh. Koslow.

— und haben wir nicht umhinkommen, der ebenso einfachen wie zweckmäßigen Einrichtung Ihrer Klosets volle Anerkennung zu zollen u. s. w.

Natibor, 10. Januar 1869.

Gaubstummen-Anstalt.

ges. Dr. A. Kuh.

A. Toeniser, Fabrikant in Stettin, Hoflieferant Sr. Kgl. Hoftheit des Kronprinzen.

Alleinige Niederlage für Posen bei Herrn

S. J. Auerbach.

150,000 Siegelbrettcchen von den in Posen üblichen Dimensionen sind in Serie vorräthig. Näheres beim Herrn Prof. Szafarkiewicz in Posen.

MATICO-CAPSELN

von GRIMAULT & C° APOTHEKER IN PARIS

Diese Glutens-Kapseln enthalten den Copata-Balsam, verbunden mit dem flüchtiger Oleo der Matico-Pflanze und werden als vorzügliches Mittel gegen die Gonorrhoe angewandt. Zur äußerlichen Anwendung wird von dem Hause Grimauld & Comp. auch eine Injection an Matico angefertigt, welche gleichfalls die wirsamen Bestandtheile genannten Pflanze enthält und deren Wirkung den bestensproven Mitteln gegen die Gonorrhoe gleichzustellen ist.

Niederlage in Posen in allen größeren Apotheken.

Am 1. Mai 1869. — Erste Verlosung der Herz. Braunschweig. Prämien-Anleihe von 1868
mit Gewinnen von Thlr. 80,000, 75,000, 60,000, 50,000, 40,000, 36,000, 30,000, 27,000, 25,000, 20,000, 18,000, 15,000 u. s. w. Der geringste Preis ist in der ersten Biegung Thlr. 21, — u. steigt successiv bis Thlr. 40. Original-Obligationen à Thlr. 20. —

find vorrätig bei allen Banquiers und Geldwechsler des In- und Auslandes und namentlich bei:

F. E. Fuld & Co., Bank- u. Wechselgeschäft in Frankfurt a. M.
An- und Verkauf aller Anleihenloose, Staatsschulden, Aktien u. Co. Partien obiger Obligationen besorgen wir zum Börsenkurse, mit einer kleinen Provisionsberechnung.

Pr. Lott.-Loose, $\frac{1}{1}, \frac{1}{2}, \frac{1}{4}, \frac{1}{8}, \frac{1}{10}, \frac{1}{32}$, am billigsten bei

S. Borhard, Kronenstr. 55, Berlin.

Pr. Loose, $\frac{1}{4}$, Orig. 16 Thlr., $\frac{1}{8}$, 8 Thlr., $\frac{1}{16}$, 4 Thlr., $\frac{1}{32}$, 2 Thlr., vers. **H. Goldberg, Monbijoupl. 12, Berlin.**

Pr. Loose, $\frac{1}{16}$, 16 Thlr. (Orig.), $\frac{1}{8}$, 8 Thlr., $\frac{1}{16}$, 4 Thlr., $\frac{1}{32}$, 2 Thlr., vers. **L. G. Ozanski, Berlin, Jannowitzbr. 2.**

Der Cigarrenladen
Berlinerstr. 13 ist v. Oktober zu vermieten.

Märkt- u. Breslauerstrasse 60 sind Läden

vom 1. Oktober zu vermieten. Näheres

St. Martin 9, 2 Treppen.

Ein fremdl. mobiliertes Parterrezimmer nach

vorn heraus, ist vom 1. Mai ab zu verme-

ten St. Martin, Krugs Hotel.

Markt 44, Caffee Bellevue,
ist die erste Etage, bestehend aus

einem Saal nebst 4 Zimmern
mit Gas-Einrichtung, zum Geschäftsz-

zat oder Wohnung passend, vom Okt. d.
3 zu vermieten. Näh. das. im 2. Stock.

Bewohungen, von 4 Stuben sofort, von 3 Stuben zum

1. Juli c. zu vermieten Breslauerstr. 9.

Ein mödl. Zimmer ist Sapiehayplatz 3,

1 Treppe, im Hofe, sofort zu vermieten.

Ein unverheiratheter Hosbeamte wird
gesucht, welcher, wie mit der Heder überhaupt ist,

auch mit der Rechnungsführung vertraut ist.

Bei freier Station werden 80 Thlr. v. Ge-
halt gewährt. Anmeldungen nimmt der Rech-
nungsrath **Jaeckel** in Posen, Friedrich-
straße Nr. 21, an.

Ein Commiss, Materialist, mit den besten
Referenzen, oder auch ein tüchtiger Lehrling,
mit den nötigen Schulkennissen verfehen,
wird für ein hiesiges Material-Geschäft zum

1. Mai c. gesucht.

Näheres bei Herrn Kaufmann **Friedr.**

Schwanke in Trzemeszno.

Ein ordentlicher Buchbinder-Gehilfe
(Vergolder) wird bei gutem Gehalt und freier
Fahrt nach außerhalb gewünscht. Darauf
Reflektirende wollen sich bis zum 16. d. Mts.
in der Expedition dieser Zeitung melden.

Dom. Bogwidze bei Pleschen
sucht zu Johanni einen deutschen
Wirthschafts-Eleven.

Körten-Telegramme.

Berlin, den 14. April 1869. (Wolf's telegr. Bureau.)

Not. v. 13. v. 12.

Roggen, fest.		Fondsbörsen:	
Frühjahr.	52	51	Märk.-Pos. Stm.
Juli-Juni.	51	50	Altten.
Juni-Juli.	51	50	Granzosen.
Janalliste:			Lombarden.
1702 Wipfel.			Neue Pos. Pfandbr.
Rüböl, fest.	97	93	Russ. Bantnoten.
Herbst.	10	10	Poln. Liquidat.
Spiritus, fest.			Pfandbriefe.
Frühjahr.	15	15	1860 Loose.
Mai-Juni.	15	15	Italiener.
Juni-Juli.	16	16	Amerikaner.
Janalliste:			Türken.
250,000 Quart.			

Stettin, den 14. April 1869. (Marcuse & Mass.)

Not. v. 13.

Weizen, mäster.		Rüböl, unverändert.	
Frühjahr.	66	66	April-Mai.
Mai-Juni.	66	67	Sept.-Okt.
Juni-Juli.	67	67	10
Roggen, matt.			10
Frühjahr.	51	52	Spiritus, behaupt.
Mai-Juni.	51	51	Frühjahr.
Juni-Juli.	51	51	Frühjahr.

Börse zu Posen

am 14. April 1869.

Fonds. Posener 4% neue Pfandbriefe 84 Br., do. Rentendreise 86 Br., do. Provinzial-Banckalien 101 Gd., do. 5% Provinzial-Obligationen —, do. 5% Kreis-Obligat. —, 5% Obra-Meliorations-Obligationen —, do. 4% Stadt-Obligationen —, do. 5% Stadt-Obligationen —, poln. Banknoten 80½ Gd., amerikanische Goldcupons 4½ Sgr. pr. Doll. Gd. pr. Frühjahr 47½, April 48½, April-Mai 47½, Mai-Juni 47½, Juni-Juli 47½.

[Amtlicher Bericht.] Roggen [p. 25 Scheffel = 2000 Psd.] pr. Frühjahr 47½, April 48½, April-Mai 47½, Mai-Juni 47½, Juni-Juli 47½.

Spiritus [p. 100 Quart = 8000 % Tralles] (mit Haf.) pr. April 14½, Mai 14½, Juni 15½, Juli 15½, August 15½. Loko-Spiritus (ohne Haf.) 14½.

[Privatbericht.] Wetter: schön. **Roggen:** fester. Gel. 50 Dsp. pr. Frühjahr 48½ bz. u. Br., April-Mai 47½ Gd., Mai-Juni 47½ bz. u. Br., Juni-Juli do.

Spiritus: schwach behauptet. Gel. 3000 Quart. pr. April 14½ bz., Mai 14½ Gd., Juni 15½ bz. u. Br., Juli 15½ bz. u. Gd., August 15½ bz. u. Br. Loko ohne Haf. 14½ bezahlt.

Spitius: schwach behauptet. Gel. 3000 Quart. pr. April 14½ bz., Mai 14½ Gd., Juni 15½ bz. u. Br., Juli 15½ bz. u. Gd., August 15½ bz. u. Br. Loko ohne Haf. 14½ bezahlt.

Wetter: schön. **Roggen:** fester. Gel. 50 Dsp. pr. Frühjahr 48½ bz. u. Br., April-Mai 47½ Gd., Mai-Juni 47½ bz. u. Br., Juni-Juli do.

Spiritus: schwach behauptet. Gel. 3000 Quart. pr. April 14½ bz., Mai 14½ Gd., Juni 15½ bz. u. Br., Juli 15½ bz. u. Gd., August 15½ bz. u. Br. Loko ohne Haf. 14½ bezahlt.

Spitius: schwach behauptet. Gel. 3000 Quart. pr. April 14½ bz., Mai 14½ Gd., Juni 15½ bz. u. Br., Juli 15½ bz. u. Gd., August 15½ bz. u. Br. Loko ohne Haf. 14½ bezahlt.

Spitius: schwach behauptet. Gel. 3000 Quart. pr. April 14½ bz., Mai 14½ Gd., Juni 15½ bz. u. Br., Juli 15½ bz. u. Gd., August 15½ bz. u. Br. Loko ohne Haf. 14½ bezahlt.

Spitius: schwach behauptet. Gel. 3000 Quart. pr. April 14½ bz., Mai 14½ Gd., Juni 15½ bz. u. Br., Juli 15½ bz. u. Gd., August 15½ bz. u. Br. Loko ohne Haf. 14½ bezahlt.

Spitius: schwach behauptet. Gel. 3000 Quart. pr. April 14½ bz., Mai 14½ Gd., Juni 15½ bz. u. Br., Juli 15½ bz. u. Gd., August 15½ bz. u. Br. Loko ohne Haf. 14½ bezahlt.

Spitius: schwach behauptet. Gel. 3000 Quart. pr. April 14½ bz., Mai 14½ Gd., Juni 15½ bz. u. Br., Juli 15½ bz. u. Gd., August 15½ bz. u. Br. Loko ohne Haf. 14½ bezahlt.

Spitius: schwach behauptet. Gel. 3000 Quart. pr. April 14½ bz., Mai 14½ Gd., Juni 15½ bz. u. Br., Juli 15½ bz. u. Gd., August 15½ bz. u. Br. Loko ohne Haf. 14½ bezahlt.

Spitius: schwach behauptet. Gel. 3000 Quart. pr. April 14½ bz., Mai 14½ Gd., Juni 15½ bz. u. Br., Juli 15½ bz. u. Gd., August 15½ bz. u. Br. Loko ohne Haf. 14½ bezahlt.

Spitius: schwach behauptet. Gel. 3000 Quart. pr. April 14½ bz., Mai 14½ Gd., Juni 15½ bz. u. Br., Juli 15½ bz. u. Gd., August 15½ bz. u. Br. Loko ohne Haf. 14½ bezahlt.

Spitius: schwach behauptet. Gel. 3000 Quart. pr. April 14½ bz., Mai 14½ Gd., Juni 15½ bz. u. Br., Juli 15½ bz. u. Gd., August 15½ bz. u. Br. Loko ohne Haf. 14½ bezahlt.

Spitius: schwach behauptet. Gel. 3000 Quart. pr. April 14½ bz., Mai 14½ Gd., Juni 15½ bz. u. Br., Juli 15½ bz. u. Gd., August 15½ bz. u. Br. Loko ohne Haf. 14½ bezahlt.

Spitius: schwach behauptet. Gel. 3000 Quart. pr. April 14½ bz., Mai 14½ Gd., Juni 15½ bz. u. Br., Juli 15½ bz. u. Gd., August 15½ bz. u. Br. Loko ohne Haf. 14½ bezahlt.

Spitius: schwach behauptet. Gel. 3000 Quart. pr. April 14½ bz., Mai 14½ Gd., Juni 15½ bz. u. Br., Juli 15½ bz. u. Gd., August 15½ bz. u. Br. Loko ohne Haf. 14½ bezahlt.

Spitius: schwach behauptet. Gel. 3000 Quart. pr. April 14½ bz., Mai 14½ Gd., Juni 15½ bz. u. Br., Juli 15½ bz. u. Gd., August 15½ bz. u. Br. Loko ohne Haf. 14½ bezahlt.

Spitius: schwach behauptet. Gel. 3000 Quart. pr. April 14½ bz., Mai 14½ Gd., Juni 15½ bz. u. Br., Juli 15½ bz. u. Gd., August 15½ bz. u. Br. Loko ohne Haf. 14½ bezahlt.

Spitius: schwach behauptet. Gel. 3000 Quart. pr. April 14½ bz., Mai 14½ Gd., Juni 15½ bz. u. Br., Juli 15½ bz. u. Gd., August 15½ bz. u. Br. Loko ohne Haf. 14½ bezahlt.

Spitius: schwach behauptet. Gel. 3000 Quart. pr. April 14½ bz., Mai 14½ Gd., Juni 15½ bz. u. Br., Juli 15½ bz. u. Gd., August 15½ bz. u. Br. Loko ohne Haf. 14½ bezahlt.

Spitius: schwach behauptet. Gel. 3000 Quart. pr. April 14½ bz., Mai 14½ Gd., Juni 15½ bz. u. Br., Juli 15½ bz. u. Gd., August 15½ bz. u. Br. Loko ohne Haf. 14½ bezahlt.

Spitius: schwach behauptet. Gel. 3000 Quart. pr. April 14½ bz., Mai 14½ Gd., Juni 15½ bz. u. Br., Juli 15½ bz. u. Gd., August 15½ bz. u. Br. Loko ohne Haf. 14½ bezahlt.

Spitius: schwach behauptet. Gel. 3000 Quart. pr. April 14½ bz., Mai 14½ Gd., Juni 15½ bz. u. Br., Juli 15½ bz. u. Gd., August 15½ bz. u. Br. Loko ohne Haf. 14½ bezahlt.

Spitius: schwach behauptet. Gel. 3000 Quart. pr. April 14½ bz., Mai 14½ Gd., Juni 15½ bz. u. Br., Juli 15½ bz. u. Gd., August 15½ bz. u. Br. Loko ohne Haf. 14½ bezahlt.

Spitius: schwach behauptet. Gel. 3000 Quart. pr. April 14½ bz., Mai 14½ Gd., Juni 15½ bz. u. Br., Juli 15½ bz. u. Gd., August 15½ bz. u. Br. Loko ohne Haf. 14½ bezahlt.

Spitius: schwach behauptet. Gel. 3000 Quart. pr. April 14½ bz., Mai 14½ Gd., Juni 15½ bz. u. Br., Juli 15½ bz. u. Gd., August 15½ bz. u. Br. Loko ohne Haf. 14½ bezahlt.

Spitius: schwach behauptet. Gel. 3000 Quart. pr. April 14½ bz., Mai 14½ Gd., Juni 15½ bz. u. Br., Juli 15½ bz. u. Gd., August 15½ bz. u. Br. Loko ohne Haf. 14½ bezahlt.

Spitius: schwach behauptet. Gel. 3000 Quart. pr. April 14½ bz., Mai 14½ Gd., Juni 15½ bz. u. Br., Juli 15½ bz. u. Gd., August 15½ bz. u. Br. Loko ohne Haf. 14½ bezahlt.

</div

Regulierungspreise: Weizen 66½ Rtl., Roggen 52 Rtl., Erbsen 54½ Rtl., Rübdöll 10 Rtl., Spiritus 15½ Rtl.
Angemeldet: 150 Wispel Weizen, 60 Wispel Erbsen.
Petroleum Iolo 7½ Rtl. bz. u. Br., pr. Sept.-Oktbr. 7½ Br.
Leinsamen, Rigaer 11½, ½ Rtl. bz., auf Lieferung ex Schiff 10½ bz.
(Ost.-Btg.)
Breslau, 13. April. [Amtlicher Produktions-Börsenbericht.]
Kleesaat, rothe sehr fest, ordin. 8–9, mittel 10–11, fein 11½–12½, hochfein 13–14. — Kleesaat, weiße wenig verändert, ord. 10–13, mittel 14–15, fein 16–17, hochfein 18½–19½.
Roggen (p. 2000 Pfd.) niedriger, pr. April und April-Mai 48½ bz., Mai-Juni 48½ bz., Juni-Juli 48 bz., Juli-August 47 bz. u. Gd.
Weizen pr. April 61 Br.
Gerste pr. April 50½ Br.
Hafer pr. April u. April-Mai 50 Br., Mai-Juni 50½ Br.
Raps pr. April 97 Gd.
Lupinen gefragt p. 90 Pfd. 55–56 Ggr.
Rübdöll matt, Iolo 9½ Br., pr. April, April-Mai u. Mai-Juni 9½ Br., Juni-Juli 9½ Br., Sept.-Okt. 9½ bz.
Rapskuchen 65–68 Ggr. pr. Ctr.
Beinkuchen 84–88 Ggr. pr. Ctr.
Spiritus wenig verändert, Iolo 14½ Br., 14½ Gd., pr. April u. April-Mai 14½–22½ bz., Mai-Juni 15 Gd., Juni-Juli 15½ Gd., Juli-Aug. 16½ bz. u. Gd., August-Sept. 15½ bz. u. Gd., Sept.-Okt. 15½ bz.
Sink 6½ Rtl. bz.
Die Börsen-Kommission.

Preise der Cerealien. (Bestimmungen der polizeilichen Kommission.)

Breslau, den 13. April 1869.

	feine	mittlere	ord. Baare	
Weizen, welcher	76–79	74	66–71 Ggr.	
do. gelber	75–76	74	68–72	
Roggen, schleischer	61–62	60	59	
do. fremder	—	—	—	
Gerste	55–58	54	50–52	
Hafer	38–39	37	34–36	
Erbsen	67–70	63	57–60	
Raps	210	198	183	
Rübien, Winterfrucht	196	184	172	
Rübien, Sommerfrucht	180	174	164	
Dotter	170	162	154	

(Bresl. Hdls.-Bl.)

Bromberg, 13. April. Wind: NW. Witterung: Nachts Schnee. Morgen 1° Wärme. Mittags klar bei 5° Wärme.
Weizen, bunt 128–130 Pfd. holl. (83 Pfd. 24 Lth. bis 85 Pfd. 4 Lth. Sollgew.) 60–61 Lth. pr. 2125 Pfd. Bollgewicht. heller 131–134 Pfd. holl. (85 Pfd. 23 Lth. bis 87 Pfd. 22 Lth. Bollgewicht) 62–63 Lth. pr. 2125 Pfd. Bollgewicht. Extra fein weißer 1 Lth. höher.
Roggen, 47–48 Lth. pr. 2000 Pfd. Bollgewicht.
Gerste, kleine 38–40 Lth. pr. 1875 Pfd.
Große Gerste 42–44 Lth. pr. 1875 Pfd. Bollgewicht.
Kohlrüben 48–50 Lth. pr. 2250 Pfd. B.-G.
Hafer 28–30 Lth. pr. 1250 Pfd. Bollgewicht.
Spiritus 14½ Lth.

(Bromb. Stg.)

JONDS- u. Aktienbörsé.

Berlin, den 13. April 1869.

Preußische Fonds.

Ausländische Fonds.	
Deutsch. Metallique	50½ bz
do. National-Anl.	57½ bz
do. 250 fl. Pr. Orl.	47 G
do. 100 fl. Kred. L.	89½ bz G
do. Loose (1860)	83½ bz ult. 83½
do. Pr. Sch. v. 64	69½ bz [bz]
do. Silb. Anl. v. 64	62½ bz G
do. Bodenkr. Pfdsbr.	91 bz [bz]
Ital. Anleihe	55½ bz ult. 55½
do. 1856	93½ bz
do. 1864	93½ bz
do. 1867 A. B.C. 4	93½ bz
do. 1850, 52 conv. 4	86½ bz
do. 1853	86½ bz
do. 1862	86½ bz
do. 1868 A. 4	86½ bz
Staatschuldsh. 82½ bz	
Präm. Si. Anl. 1855	124 G
Kurh. 40 Lth. -Obl.	57½ bz
Kur. u. Reim. Söld	79 bz
Überdeichbau-Obl.	92 bz
Berl. Stadtoblig.	102½ bz
do. do.	94 bz
do. do.	73½ bz
Berl. Börs.-Obl.	101 bz G
Berliner	93 bz
Kur. u. Reim.	73½ G
do. do.	83½ bz
Ostpreußische	73 bz
do. do.	81½ bz
Pommersche	88½ bz
do. neue	83½ bz
Sächsische	83½ bz G
Schlesische	—
do. Lit. A.	—
do. neue	4½
Westpreußische	71½ bz
do. do.	81 bz 4½/88½
Anhalt. Landes-Bt.	80 G
Berl. Kass.-Verein	164 G
Berl. Handels-Gef.	130½ bz
Braunf. Bank	107½ G
Brem. Bank	113 G
Coburg. Kredit-Bt.	86 G
Danziger Priv.-Bt.	104 G
Darmstädter Kred.	109 Pst bz G
do. Bettel-Bant.	95 G
Bank- und Kredit-Aktien und Anteilscheine.	
Anhalt. Landes-Bt.	4
Berl. Kass.-Verein	4
Berl. Handels-Gef.	4
Braunf. Bank	4
Brem. Bank	4
Coburg. Kredit-Bt.	4
Danziger Priv.-Bt.	4
Darmstädter Kred.	4
do. Bettel-Bant.	4

Die Börse war heut, wenn man die von der Wiener Börse gemeldete „flaue“ Haltung bedenkt, verhältnismäßig fest, das Geschäft aber bewegte sich in sehr engen Grenzen und die Spekulation blieb abwartend. Österreichische Kreditaktien waren heut matter und spielten Lombarden die Hauptrolle. Eisenbahnen waren fest, Köln-Münster, Bergisch-Märkische, Rheinische, Kiel-Dörfelberger, Warschau-Wiener zum Theil höher bei gutem Verkehr. In russischen Bahnen fand ein sehr lebhaftes Geschäft bei steigenden Kursen statt. Inländische und deutsche Fonds, Pfand- und Rentenbriefe waren bei geringem Verkehr in fester Haltung, österreichische Fonds zum Theil höher, im Ganzen fest; russische im Ganzen still und behauptet, nur in Liquidations-Pfandbriefen wurde viel gehandelt und blieben dieselben noch gefragt. Prioritäten waren fest, aber ohne Leben. — Wechsel begeht. — Sächsische Hypotheken-Pfandbriefe 58 bezahlt.

Breslau, 13. April. Die günstigen auswärtigen Notierungen begegneten an biesiger Börse der gewohnten Zurückhaltung und wenngleich sich die Kurse fast aller Spekulationspapiere höher stellten, war doch der Umsatz von nur mäßigem Belange. Am beliebtesten waren heute Italiener, österreichische 1860er Loose und Lombarden, in welchen sich ansehnliche Geschäfte vollzogen, während Amerikaner zwar fest, doch unbeliebt waren. Österreich. Valuta langsam, doch kontinuierlich steigend. Preußische Fonds fest, bei mäßigem Verkehr. Polnische Liquidations-Pfandbriefe beliebt.

Offiziell gefündigt: 70.000 Quart. Spiritus.

Schluskurse. Österreich. Loose 1860 83½ bz u. B. do. 1864 —. Bayrische Anleihe —. Minerva 50–49½ bz u. B. do. Lit. F. 89½ B. do. Lit. G. 87½ B. Rechte Öder-Ufer-Bahn St.-Prior. 95½ B. Breslau-Schweidnitz-Kreis. 110 B. Oberlausitz Lit. A. u. C. 174½ bz. Lit. B. —. Rechte Öder-Ufer-Bahn 87½ B. Rosel-Oderberg 106½ B. Amerikaner 88 B. Italienische Anleihe 65½ bz u. G.

Telegraphische Korrespondenz für Fonds-Kurse.

Frankfurt a. M., 13. April. Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Böhmisches Westbahn 78. Schwankend. Nach Schluss der Börse ziemlich fest. Kreditaktien 292½, 1860er Loose 83½, Staatsbahn 315½, Lombarden 222½, Amerikaner 87½.

Schluskurse. 6% Verein. St.-Anl. pro 1882 87½. Türken —. Österreich. Kreditaktien 293½. Österreich.

franz. St.-B.-Aktien 315½. 1860er Loose 83. 1864er Loose 121½. Lombarden 223.

Telegraphische Börsenberichte.

Köln, 13. April, Nachmittags 1 Uhr. Weizen behauptet, Iolo 6, 10 a 6, 25, pr. Mai 5, 24, pr. Juni 5, 25½, pr. Juli 5, 27½, pr. November 6. Roggen fester, Iolo 5, 5 a 5, 10, pr. Mai 5, 3, pr. Juni 4, 29, pr. Juli 4, 28½. Rübdöll höher, Iolo 11½, pr. Mai 11½, pr. Oktober 11½.

Breslau, 13. April, Nachmittags. Steigend. Spiritus 8000 % Br. 14½. Roggen pr. April 48½, pr. April-Mai 48½. Rübdöll pr. April-Mai 9½, pr. Herbst 9½. Raps unverändert. Sink ruhiger.

Bremen, 13. April. Petroleum-Markt ganz geschäftlos.

Hamburg, 13. April, Nachmittags.

Großdeemarkt. Weizen und Roggen Iolo lustlos, auf Termine flau. Weizen pr. April 5400 Pfund netto 112½ Bankothaler Br., 112 Gd., pr. April-Mai 112½ Br., 112 Gd., pr. Juli-August 115 Br., 114½ Gd. Roggen pr. April 5000 Pfund Brutto 90 Br., 90 Gd., pr. April-Mai 90½ Br., 90 Gd., pr. Juli-August 85 Br., 84 Gd. Hafer stille. Rübdöll stille, Iolo 21½, pr. Mai 21½, pr. Oktober 21½. Spiritus ruhig, pr. April 21, pr. September 21½. Kaffee fest, doch wegen geringer Vorrathes in beschränktem Verkehr. Sink 1000 Sentner verkauft zu 13½. Petroleum sehr stille, Iolo 15, pr. April 14½, pr. Juli-Dezember 16½. — Sehr schönes Wetter.

Liverpool (via Haag), 13. April, Mittags. (Von Springmann & Co.) Baumwolle: 12,000 Ballen Umsatz. Guter Markt.

Middling Orleans 12½, middling Amerikanische 12½, fair Dhollerah 10½, good middling Dhollerah 9½, fair Bengal 8½, New fair Domra 10½, Pernam 12½, Egyptische 13, Domra Februar-Verschiffung 10½.

Manchester, 13. April, Nachmittags. Garne, Notierungen pr. Pfd.: 30 Water (Clayton) 16½ d. 30 Water Mule, gute Mittel-Qualität 13½ d. 30 Water, bestes Geflochten 17½ d. 40 Water 12 d. 40 Water, beste Qualität wie Taylor ic. 17½ d. 60 Mule, für Indien und China passend 18½ d. Stoffe, Notierungen pr. Stück: 8½ Pfd. Shirting, prima Calvert 138, do. gewöhnliche gute Males 129. 34 inches 17½ printing Cloth 9 Pfd. 2–4 oz. 162.

Bei sehr fester, steigender Haltung nur geringes Geschäft.

Paris, 13. April, Nachmittags.

Rübdöll pr. April 83, 50 Haiffe, pr. Juli-August 87, 00 Haiffe, pr. September-Dezember 88, 50 Haiffe. Kehl pr. April 52, 75 Haiffe, pr. Juni 55, 00 Haiffe, pr. Juli-August 54, 75 Haiffe. Spiritus pr. April 67, 50. — Warmes Wetter.

Amsterdam, 13. April, Nachmittags 4 Uhr 30 Minuten.

Großdeemarkt. (Schlußbericht). Weizen geschäftlos. Roggen Iolo geschäftlos, pr. Mai 19½, pr. Oktober 185. Raps pr. September 67. — Schönes Wetter.

Antwerpen, 13. April, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten.

Petroleum-Markt. (Schlußbericht). Raffinates, Type weiß, Iolo 52½, pr. September 58, pr. Oktober-Dezember 58½ gefordert. Besser, bei beschränktem Umsatz.

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 13. April 1869, Vormittags 8 Uhr, 4 Fuß 3 Bol.

14. 4 1

Meteorologische Beobachtungen zu Posen.

Datum.	Stunde.	Barometer 233' über der Ostsee.	Therm.	Wind.	Wollenform.
13. April	Nachm. 2	28° 2' 80	+ 3° 2	Ø 3	trübe. St.
13. .	Abends 10	28° 2' 93	+ 2° 1	Ø 1	heiter.
14. .	Morg. 6	28° 2' 55	+ 0° 6	Ø 1	b. St. Ci-st. Reif.

Uebersicht

der in Posen ankommenden und abgehenden Posten.

Ankommende Posten.	Abgehende Posten.
4 U. — M. früh Pers.-Post von Wongrowitz.	7 U